

Politischer Fraktionsbericht der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion gem. 51 Abs. 3 Z 2 VO-UA zum Berichtsentwurf des Verfahrensrichters im Untersuchungsausschuss zur mutmaßlichen Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung (Ibiza-Untersuchungsausschuss).

IBIZA

Gekaufte Politik





Ibiza - Gekaufte Politik

Vorwort	4
Das Projekt Ballhausplatz	6
Die große Spendenkampagne	8
Die türkise Familie	11
Von der Staatsholding zur „Schmid AG“	12
„Rot, dann blass, dann zittrig“ – Kurz, Schmid und die Kirche	16
Sobomatic	18
Soko Haarbüschel	20
Die Erfüllung der Spenderwünsche	23
Welches Gesetz soll ich für dich ändern? Oder: Die Prikraf-Affäre	23
„Novomatic zahlt alle“	25
Geschenkt statt besteuert	27
70 Milliarden Euro in Stiftungen – aber kein Geld für Steuern	29
Postenschacher bei der OeNB	31
Kontrolle über die Kontrolleure der Finanzmarktaufsicht	32
Projekt Edelstein	34
Austrian Real Estate – warum der Staat Premiumwohnungen baut	35
Der verschwiegene Deal der OMV	36
Die Bombe platzt – Die große Vertuschungskampagne	38
Der Kampf der ÖVP gegen Aufklärung – von Anfang an	39
Die Obstruktion der Ermittlungen der WKStA	41
Das große Schreddern	44
Aktenlieferungen Kurz und Blümel	46
Empfehlungen für Maßnahmen	48
Quellen	51



Liebe Leserinnen! Liebe Leser!

Im Dezember 2019 haben wir, die Sozialdemokratische Parlamentsfraktion, gemeinsam mit den NEOS ein Verlangen auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses über die „mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung (Ibiza-UA)“ eingebracht.

In den sechs Minuten Ibiza-Video, die im Mai 2019 durch „Spiegel“ und „Süddeutsche Zeitung“ veröffentlicht wurden, wurde ein Sittenbild gezeichnet, dass jedenfalls Teile der Politik bereit sind, für Geld und Einfluss „alles“ zu verkaufen; egal ob Gesetze, Aufträge oder unser Wasser. Wir wollten nachschauen, ob das alles nur Theorie war oder ob in der Praxis das politische Handeln der Kurz-Strache-Regierung käuflich war.

Was folgte, waren zwanzig Monate, in denen die ÖVP versuchte den Untersuchungsausschuss zu behindern. Beginnend mit dem – von den Grünen unterstützten – Versuch, den Untersuchungsgegenstand zu zensurieren, über die verweigerten Aktenlieferungen, dem indiskutablen Vorsitzverhalten von Wolfgang Sobotka bis zu den mutmaßlichen Falschaussagen und Erinnerungslücken von ÖVP-Vertretern im #IbizaUA.

Am Anfang konzentrierten wir uns in unseren Untersuchungen vor allem auf die FPÖ. Immerhin waren die beiden unfreiwilligen Hauptdarsteller des berühmten Ibiza-Videos, Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus, führende FPÖ-Politiker. Doch mit den Aktenlieferungen drehte sich das Bild. Zum Beispiel beim Thema „Novomatic zahlt alle“: Während lange Zeit keinerlei Kontakt zwischen FPÖ und dem Glücksspielkonzern Novomatic ersichtlich war, waren die wesentlichen Vertreter der ÖVP (Gernot Blümel und Thomas Schmid) mit der Novomatic auf Du und

Du. Unzählige SMS, Treffen, Gesetzesvorbereitungen und Absprachen sind belegt. Der Nationalratspräsident und Vorsitzende (!) des #IbizaUA wirkte in seinen öffentlichen Auftritten überhaupt wie ein wandelndes Testimonial der Novomatic. Und egal ob Sobotka im Alois-Mock-Institut „präsiert“, beim Waidhofner Kammerorchester dirigiert oder einfach im NÖAAB Parteisitzungen abhält - um die Ecke steht jemand von der Novomatic und bezahlt die Spesen.

Erst nachdem sich die ÖVP und die Novomatic offenbar einig sind, kommt die FPÖ ins Spiel: Die von der ÖVP vorbereitete Gesetzesnovelle (inklusive neuen Online-Lizenzen und der Wiedereinführung des „kleinen“ Glücksspiels) wird der FPÖ präsentiert und mit Peter Sidlo wird ein FPÖ-Mann in den Casinos installiert. Ende 2018 begann sich auch ein FPÖ-Novomatic-Deal abzuzeichnen. Deshalb drehte sich die Aufmerksamkeit im Untersuchungsausschuss von der FPÖ zur ÖVP.

Das „System Kurz“ lässt sich folgendermaßen charakterisieren:

- 1. Kontrolle:** Kurz und sein engstes Umfeld kontrollieren alle Entscheidungen. Wer in einem Ministerbüro arbeitet, wer in einem Ministerium Generalsekretär wird, was in einem Gesetz steht, wer in einem Aufsichtsrat sitzt: Das letzte Wort, die letzte Entscheidung liegt bei Kurz und seinem engsten Umfeld. Deswegen liegt die Loyalität der KabinettsmitarbeiterInnen immer bei Kurz, nie beim Minister bzw. der Ministerin. (Chat-Nachricht von Schmid über Löger: „... Sonst glaubt er, er kann Sachen selbst entscheiden.“) Selbst in der Übergangsregierung wurde laut einem Chat zwischen dem mächtigen Justiz-Sektionschef Christian Pilnacek und der damaligen Kabinettschefin Andrea Martini vereinbart, nicht ihren Vorgesetzten, Justizminister Dr. Clemens Jabloner, zu informieren. Sehr wohl informiert werden sollte Kurz. Kurz war zu diesem Zeitpunkt nicht einmal Regierungsmitglied, sondern „nur“ wahlkämpfender ÖVP-Chef!
- 2. Familie:** Nicht jeder gehört zur Familie. Aber jene die dazu gehören, genießen die Förderung („Kriegst eh alles was du willst“) und den Schutz durch die „Familie“.
- 3. Macht und Machtmissbrauch:** Kurz und sein Team nützen ihre Macht aus. Weit mehr, als man in einem demokratischen Rechtsstaat erwarten würde. Die Art und Weise, wie Kurz den damaligen ÖVP-Generalsekretär im Finanzministerium Thomas Schmid der Kirche – nach deren Kritik an der Asylpolitik der Kurz-Regierung – „an den Hals hetzt“ und dabei noch anfeuert („Ja super. Bitte Vollgas geben“) ist widerlich. Seine Antwort

(„Super danke vielemals!!!!“) auf die „Erfolgsmeldung“ von Schmid („Schipka war fertig ... er war zunächst rot, dann blass, dann zittrig...“) steht dem in Widerwärtigkeit um nichts nach.

4. **Abgehobenheit:** Die moralische Verfasstheit der „Familie“ quillt aus jedem Chat hervor. Wir sind da oben; alle anderen da unten („Reisen wie der Pöbel“, „mit den Tieren am Amt anstellen“, etc.). Wenn KabinettsmitarbeiterInnen gemeinsam auf Kosten von uns allen (Steuergeld) „feiern“ und dabei mit Gläsern auf Passanten werfen, gibt es für die handelnden „Familienmitglieder“ keine Konsequenzen. Die Kosten werden auf die „EU-Präsidentschaft“ gebucht.
5. **Spenden und Dankbarkeit:** Im amerikanischen Stil wurden Spendengelder eingesammelt. Es wird gestückelt und verschoben, um diese Spenden möglichst lange zu verschleiern. Aus den Spendern entstand „das Biotop der Qualifizierten“ (Reinhold Mitterlehner), und wenn AufsichtsrätInnen oder KabinettsmitarbeiterInnen gesucht wurden, fand man sie in diesem Biotop. Die Interessen der Großspender wurden auch bei Gesetzesbeschlüssen (Privatklinik-Fonds, etc.) nicht vergessen.
6. **Unantastbar:** Kurz und sein Umfeld fühlen sich unantastbar und versuchen sich jeder demokratischen Kontrolle zu entziehen. Nicht nur durch Schreddern und verweigerte Aktenvorlage. Der Umgang mit den demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen (Parlament, Untersuchungsausschuss, Staatsanwaltschaft, Verfassungsgerichtshof, Medien, etc.) zeigt ein fehlendes Verständnis für Transparenz und Kooperationsbereitschaft mit den anderen staatlichen Organen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen unseres Landes.
7. **Trump:** In der Kommunikation bedient sich Kurz zunehmend der Mittel des mittlerweile abgewählten US-Präsidenten Trump. „Flood the zone with shit“, „alternative facts“ und „personal insults and nicknaming“ hat die Kurz-ÖVP in Österreich etabliert.
8. **Staat im Staat:** Die „türkise Familie“ versucht, Institution für Institution unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie bildet ein informelles Netzwerk und arbeitet an den rechtsstaatlichen Instanzenwegen vorbei. Es ist der „türkisen Familie“ schon gelungen, einige dieser Institutionen zu durchsetzen: vor allem das Innenministerium, das Justizministerium, das Finanzministerium und das Bundeskanzleramt. Wir sehen auch den Versuch bei OeNB und Finanzmarktaufsicht.

Und die FPÖ?

Das Bild, das Strache und Gudenus auf Ibiza abgeliefert haben, hat sich in den Akten auch gefunden. Das Fokussieren auf Postenschacher, Gesetze auf Bestellung und das Spendensammeln „am Rechnungshof vorbei“ ist nur noch zum Fremdschämen. Für Österreich ist es auf jeden Fall ein Gewinn, dass Strache die politische Bühne verlassen hat. Es sollten andere seinem Beispiel folgen.

Durch das erstmalige Abdrehen eines Untersuchungsausschusses nach der neuen Verfahrensordnung konnte die Arbeit nicht fertiggestellt werden. Erst wenige Tage vor Ende des Ausschusses wurden von Finanzminister Blümel und Bundeskanzler Kurz tausende Akten auf Basis von Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes bzw. ihrer Exekution durch das Landesgericht für Strafsachen im Auftrag des Bundespräsidenten an den #IbizaUA geliefert. Zehntausende Chats konnten von der Staatsanwaltschaft nicht mehr ausgewertet und vorgelegt werden.

Trotzdem können sich die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses sehen lassen. Auch aufgrund der Arbeit des Untersuchungsausschusses ist es zu einer Reihe von Rücktritten und Suspendierungen gekommen und eine Reihe von Gesetzesinitiativen wurde bereits angekündigt oder in die Wege geleitet, um aufgedeckte Missstände abzustellen. Nicht zuletzt wurde auch aufgrund des Untersuchungsausschusses ein Volksbegehren ins Leben gerufen, dessen Ziele grosso modo unterstützt werden können. Die wesentlichen Fakten und Erkenntnisse finden Sie in diesem Heft.

Ich darf mich an dieser Stelle bei allen MitarbeiterInnen der Parlamentsdirektion und aller Fraktionen, bei den MedienvertreterInnen, den externen DienstleisterInnen und den Verfahrensrichtern und -anwältInnen bedanken!

Besonders bedanken möchte ich mich für die Unterstützung und das positive Feedback, dass ich erfahren habe – egal, ob ich gerade mit der U-Bahn gefahren bin, im Supermarkt einkaufen oder wandern war.

Jan Krainer

für das #IbizaUA-Team
der SPÖ-Parlamentsfraktion

Das Projekt Ballhausplatz

2. Strategie

Flüchtlinge, foreign fighter, und damit einhergehend Terrorismus, Kriminalität, Abstiegsängste von Teilen der Bevölkerung, Angst vor Überfremdung, Wohlstandsverlust, "nicht mehr Herr im eigenen Haus". Das führt zu Unsicherheit und Angst in der Bevölkerung und zum Erstarren rechter Gruppierungen in ganz Europa (FR, D, H, NL, I, GR,...), so natürlich auch in Österreich

Zur Regierung:

Die Regierung vermeidet immer an den kleinsten Kompromisse, die

1. halbe Lösung
2. die Gesamtlösung
3. die für „das

Regierung macht

- Keine wirksamen
- Finanzausgleich
- Pensions
- Standort
- HYPO A
- kein Büro
- Steuern

Dazu kommen weltweiten Ranking
These: Die Medien verändert. Die signalisiert Systemveränderung
SK und das r

Arb
Der
vor
In
Er
we
W

„Bereich führen“

„Reaktionsecke mit Beißreflex“

„Personalisierte Hoffnung“)

Stand 21.7.2016

Strategische Grundanlage und Positionierung

1. Grundstimmung
2. Strategische Ableitung
3. Positionierung

1. Grundstimmung

Stimmung in der Wählerschaft ist derzeit geprägt von:

Unsicherheit

- Angst, die Standards nicht halten zu können (Arbeit, Bildung, Wohlstand,...) (Neid)Gefühl „Die eine Hälfte der Bevölkerung lebt auf Kosten der anderen Hälfte“, bei Sozialmißbrauch,...
- Flüchtlinge – System an der Belastungsgrenze (ist heuer besser geworden, daher kein unmittelbarer Druck. Aber: Das Maß ist voll! – „Nicht mehr Herr im eigenen Haus,...“)
- Exogene Faktoren (Klimawandel, Globalisierung, Türkei-IS, Wiederholung der BPräs Wahlen, Brexit,...)

System-Verdrossenheit - „so geht's nicht weiter, das System ist am Ende“

- Hass auf die „alten Parteien“ – kein Vertrauen in Eliten
- Schlechte Meinung vom „System“ → Kein Vertrauen, dass „das System“ die Probleme langfristig lösen kann/wird.

Stimmung = Wechselstimmung:

„Es muss sich was ändern!
(aber es soll nicht schlechter werden
als es jetzt ist)“

Das Projekt Ballhausplatz findet sich erstmals im Herbst 2017 in den Medien, als interne Strategiepapiere öffentlich werden, die die Vorbereitung der Machtübernahme von Sebastian Kurz in der ÖVP darstellen. Die Wochenzeitung „Falter“ veröffentlicht die Papiere am 19. September 2017, wenige Wochen vor der Nationalratswahl. Die Dokumente stammen, so der „Falter“, aus 2016 und zeigen detaillierte Pläne der Kampagne von Sebastian Kurz. So finden sich darunter auch KandidatInnenlisten der ÖVP und Listen mit potentiellen SpenderInnen. Auch sollen die „Bedingungen einer Übernahme“ – gemeint die Übernahme des Bundesparteiochtmanns durch Sebastian Kurz – definiert werden.

Im Untersuchungsausschuss wurde dazu der ehemalige Vizekanzler und Bundesparteiochtmann der ÖVP, Reinhold Mitterlehner, befragt. Mitterlehner bestätigt, dass es das Projekt Ballhausplatz sowohl in der theoretischen wie auch praktischen Umsetzung gegeben hat¹, beschreibt detailliert wie bereits im Jahr 2016 von Sebastian Kurz und seinem Team die Regierungsarbeit desavouiert wurde, „weil man den Eindruck erwecken wollte, die Arbeit ist nicht mehr erfolgreich, und zweitens wird nur gestritten. Und in dem Zusammenhang: Einige, die also dann diese Worte geführt haben und so weiter, sitzen ja auch hier im Saal und sind dem einen oder anderen ja noch bekannt.“²

Im selben Jahr sei dann auch die Frage der Finanzierung relevant geworden, so Mitterlehner: „Und jetzt kommt der springende Punkt, dass es eben in dieser Zeit eine Roadshow gegeben hat, eine Roadshow informeller Art, wo eben diverse Vertrauenspersonen in ganz Österreich Veranstaltungen abgewickelt haben und Spender aufgetrieben haben. Der Unterschied zu anderen ist vielleicht der, dass das der Parteiochtmann – der kommende, muss man in dem Fall sagen – selber in die eigene Hand genommen hat, und da ist jetzt natürlich auch die

Frage der Käuflichkeit interessant. Glauben Sie wirklich, dass jemand sagt, ich kaufe etwas? – Sondern: Was Sie damit kriegen, wenn Sie von jemandem Geld bekommen, ist das Ohr desjenigen. Sie haben das Ohr eines einflussreichen – oder möglicherweise einflussreichen – Mannes, und sitzen dann am 1. Juli, oder wann immer der Parteitag 2017 war, auf der Tribüne unmittelbar hinter dem kommenden Parteiochtmann. Schauen Sie sich die Tribüne an! Dort sitzen die Großspender.“³

Bereits im April 2016 wurde im Finanzministerium von Kabinettschef Thomas Schmid daran gearbeitet, „Sebastians Budget“ zu erhöhen. Kurz, damals Außenminister, bekommt eine saftige Budgeterhöhung für sein Ressort, um seine Kampagnenfähigkeit zu sichern. Infolgedessen verdoppelte er sein Inseratenbudget und seine Spesen.

Thomas Schmid:

„Ich habe Sebastians Budget um 35 Prozent erhöht.“

„Scheiße mich jetzt an“

„Mitterlehner wird flippen“

„Kurz kann jetzt Geld scheißen“

Gernot Blümel, der Empfänger dieser Nachrichten antwortet nur lapidar:

„Mitterlehner spiel [sic] keine Rolle mehr...“⁴

Unklar ist auch, aus welchen Mitteln eine für Kurz erstellte Umfrage bezahlt wurde, die dezidiert die Erfolgsaussichten als Spitzenkandidat abfragen sollte. Mitterlehner dazu im Ausschuss: „Meines Wissens hat die nicht die ÖVP bezahlt. Als ich gebeten habe, nachzuforschen, ob das irgendwo vielleicht sogar wir bezahlt haben, haben wir nichts gefunden. Meines Wissens also nicht. Das muss jemand anderer finanziert haben. Wo genau, das weiß ich nicht, aber Tatsache ist, dass es die Umfrage gegeben hat [...]“ Der Verdacht liegt nahe, dass diese Umfrage aus Kurz' Außenministeriums-Budget und somit aus Steuergeldern bezahlt wurde.



Die Adresse zum Projekt,
das Bundeskanzleramt in Wien,
Ballhausplatz 2



Die große Spendenkampagne

Die große Spendenkampagne startet im August 2016, bei einer Feier auf Schloss Reifnitz in Kärnten, zu der der Unternehmer Siegfried Wolf eingeladen hatte und bei der Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens angesprochen wurden, finanzielle Unterstützung für den Tag X zu leisten.⁵ Anwesend war auch der damalige Außenminister Kurz. Mitterlehner selbst wurde danach von einem Teilnehmer angerufen, der ihm berichtete, dass er von Kurz persönlich angesprochen wurde, ob er für dessen Kampagne spenden will. Der Modus sei auch bei den darauffolgenden Veranstaltungen im Großen und Ganzen immer der Gleiche gewesen, so Mitterlehner: „Der Modus war so, dass jemand eingeladen hat, der die lokale Szene gekannt hat, dann hat der Kandidat sein Programm vorgestellt.“ Und: „Dann ist die Frage gekommen: Was haben Sie für die Wirtschaft anzubieten? Da war dann die Frage: Na, ich bin da kein Insider, aber ich bin da um zu hören. Und: Ihr müsst mir helfen!“⁶

„Die Veranstaltungen waren eben nicht öffentlich. Das war niemandem bekannt. Und das Zweite: Was mit den Mitteln passiert ist,

ist meines Erachtens eben auch nicht transparent gelaufen.“⁷

„Und ja, als ich den jetzigen Bundeskanzler damit konfrontiert habe, hat er das auch im Wesentlichen nicht abgestritten. Er hat allerdings so getan, wie wenn die Leute auf ihn zukommen. Ganz so war es natürlich nicht.“⁸

Wer Geld spendet, bekommt Gehör beim Kanzler, sitzt „direkt hinter ihm auf der Tribüne“, wird in das, wie Mitterlehner sagt, „Biotop der Qualifizierten“⁹ aufgenommen, aus dem dann für Aufsichtsratsposten und Vorstände rekrutiert wird. Außerdem hätten alle Großspender einen gemeinsamen Nenner, wenn es um ihre Anliegen geht und der heißt „keine Vermögenssteuer“¹⁰, so der frühere Vizekanzler im Ausschuss.

Wenn unter seiner Obmannschaft Spendengeld für Kurz geflossen sei, so Mitterlehner, gebe es nur zwei Möglichkeiten: Es habe vorerst nur die Zahlungszusage für später gegeben oder Spender haben an eine andere Zahlungsadresse gezahlt, die ihm nicht bekannt ist.¹¹

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass die ÖVP ihren Spendern wohl nahegelegt hat, bei größeren Spenden diese auf jeweils unter 50.000 Euro zu stückeln. So mussten diese nicht unverzüglich dem Rechnungshof gemeldet werden – „am Rechnungshof vorbei“, wie es Strache schon im Ibiza-Video ausgeführt hatte. Zusätzlich ist es auffällig, dass ein Großteil dieser Spenden auf einen Zeitpunkt nach der Nationalratswahl 2017 fallen und nicht davor überwiesen wurden. Und das obwohl die damalige ÖVP-Generalsekretärin Elisabeth Köstinger im Wahlkampf doppelt soviel Geld ausgegeben hatte, wie gesetzlich erlaubt.

Großspender wie den Tiroler Bauunternehmer Klaus Ortner konnte Kurz dabei mehr als zwei Jahre lang verheimlichen – und die Offenlegung durch die Stückelung der Spenden umgehen. Die Spendentätigkeit sollte sich für die Spender auszahlen – Großspender Stefan Pierer etwa wünschte sich schon lange ein Gesetz, das den 12-Stunden- Arbeitstag erlaubt. Unter Türkis-Blau wurde dieses schließlich Realität.

Foto: BKA



Du bist Familie!

Die türkise Familie

Eine kleine, auserwählte Gruppe – fast ausschließlich Männer – rund um Sebastian Kurz bildet den innersten Kreis der türkisen ÖVP. Wie eng ihr Verhältnis ist, ist in den Chats dokumentiert. Anfang Februar 2019 schreibt Gernot Blümel an Thomas Schmid, bei dem es damals bei seinen ÖBAG-Ambitionen nicht ganz rund lief: „Keine Sorge! Du bist Familie. Und wir alle brauchen dich!!!“ Die meisten Familienmitglieder verdanken Kurz ihre Position an den Schalthebeln der Republik, an der Spitze von Ministerien, des

Parlaments, der staatlichen Unternehmen. Kurz verdankt ihrer bedingungslosen Loyalität seinen Aufstieg zum Kanzler. Aber dass auch die engsten Familienbande irgendwann brüchig werden, mussten der infolge der Erkenntnisse des Ibiza-Untersuchungsausschusses suspendierte Justizsektionschef Pilnacek und der zurückgetretene ÖBAG-Vorstand Schmid schließlich auch erfahren.

Sebastian Kurz Bundeskanzler

Foto: BKA/Arno Melicharek



Wolfgang Sobotka
Nationalratspräsident
und UA-Vorsitzender

Foto: Parlamentsdirektion/Zinner



Christian Pilnacek
Sektionschef im
Justizministerium
(derzeit suspendiert)

Foto: SPÖ



Bernhard Bonelli
Kabinettschef von Kurz

Foto: BKA



Alexander Melchior
ÖVP-Generalsekretär

Foto: Parlamentsdirektion/Simonis



Bernhard Pernher
COFAG-Direktor
davor im BMF-Kabinet

Foto: ÖBAG



Thomas Schmid
Ex-Generalsekretär im BMF
Ex-ÖBAG-Alleinvorstand

Foto: ÖBAG



Gernot Blümel
Finanzminister

Foto: BKA



Elisabeth Köstinger
Landwirtschaftsministerin

Foto: BKA/Andy Wenzel



Melanie Laure
ÖBAG-Kommunikationschefin
davor im BMF-Kabinet

Foto: XING



Klaus Kumpfmüller
FMA-Vorstand bis 2020

Foto: Hypo Oberösterreich



Thomas Steiner
OeNB-Direktor

Foto: OeNB



Stefan Steiner
Chefberater von Kurz

Foto: ÖVP

Von der Staatsholding zur „Schmid AG“

Bei den Regierungsverhandlungen 2017 zwischen ÖVP und FPÖ verhandelte Thomas Schmid auf ÖVP-Seite die Finanz-Agenden. Für die ÖVP dealte er dabei Vorstands- und Aufsichtsratsposten aus: Bei den Casinos, der OMV, der Bundesimmobiliengesellschaft und auch bei der künftigen Staatsholding ÖBAG. Dort sollte die ÖVP den Alleinvorstand bekommen – das war von besonderem Interesse für Schmid. Denn diesen Posten wollte er selbst haben. Bis Schmid zu seinem Traumjob kam, sollte es zwar eine Weile dauern, aber im März 2019 war es dann schließlich so weit. Auch, weil er den Ausschreibungsprozess zu seinen Gunsten mitgestaltet hatte.

Der heutige Ex-ÖBAG Chef Schmid gehört zu den engen Vertrauten von Sebastian Kurz. Seine Karriere startete im Jahr 2004 als Pressesprecher vom damaligen Finanzminister Karl Heinz Grasser. Später wurde er Büroleiter des damaligen ÖVP-Klubobmanns und ehemaligen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel. Ab

2013 war er als Kabinettschef unter den Finanzministern Michael Spindelegger, Hans Jörg Schelling und Hartwig Löger tätig. Als unter Türkis-Blau in den Ministerien Generalsekretäre eingeführt wurden, übernahm Schmid diese Position im Finanzministerium. In dieser Zeit begann Schmid auch, die Umstrukturierung von

der ÖBIB in die ÖBAG und gleichzeitig seine Bestellung zu deren Vorstand zu planen.

„Das bist du mir echt schuldig“

Bereits im Dezember 2017, wenige Tage vor der Angelobung der türkis-blauen Bundesregierung, schreibt Schmid an seinen Freund Gernot Blümel:

„Du musst mir echt helfen das neue Beteiligungsgesetz rasch umzusetzen! Das bist du mir echt schuldig!“¹²

Bereits ab Februar 2018 tauchen erste Medienberichte über die ÖBIB-Reform auf, und Thomas Schmid wurde immer wieder als möglicher Kandidat für Vorstandsposten gehandelt. Schmid, der diese Berichte als schädlich für sich empfindet, wird nervös und wendet sich an Sebastian Kurz. Der Bundeskanzler bot ihm seine Hilfe an, den Ball flach zu halten. Schmid war dankbar:

„Dich zu haben ist so ein Segen! Es ist so verdammt cool jetzt im BMF!!! Danke Dir total dafür!!!“¹³



i Was ist die ÖBAG?

Die ÖBAG verwaltet die Beteiligungen der Republik Österreich von 26 Milliarden Euro. Darunter die Staatsanteile von OMV, Verbund, A1 Telekom Austria, Post, Bundesimmobiliengesellschaft, Casinos Austria und die APK Pensionskasse.

Foto: Österreichische Post



Im August 2018 schreibt Blümel an Schmid:

„Hab dir heute deine öbib gerettet 🥰“

Schmid antwortet mit:

„Mein Riesen Held!!!“¹⁴

Als im Dezember 2018 das ÖBAG-Gesetz im Nationalrat beschlossen wird, freuen sich Schmid und Blümel:¹⁵

Thomas Schmid:

„ÖBAG vom NR beschlossen. Auch mit den Stimmen der SPÖ“

Gernot Blümel:

„SchmidAG fertig!“

Thomas Schmid:

„🥰“

„Habe noch keinen Aufsichtsrat!“

„Steuerbare AufsichtsrätInnen“

Jetzt war es Zeit, die weiteren Schritte zu setzen. Schmid wirkte bei der Suche nach Aufsichts-

räten und Aufsichtsrätinnen, die ihn später zum Alleinvorstand bestellen sollten, mit. Die Letztentscheidung lag jedoch bei Sebastian Kurz. Handverlesen, „steuerbar“, sollten sie sein. So schreibt Schmid etwa an Sebastian Kurz, dass Susanne Höllinger „wirklich eine gute!“ sei:

„Compliant, Finanzexpertin, Steuerbar, Raiffeisen und Sehr gutes Niederösterreich Netzwerk. Sie hat für NÖ auch delicate Sachen sauber erledigt.“¹⁶

Über Iris Ortner, Tochter des ÖVP-Großspenders Klaus Ortner, lässt er, nach deren Bestellung zur Aufsichtsrätin, ein Argumentationsdossier für Sebastian Kurz anfertigen. „*Brauche – Warum ist Iris Ortner super für die ÖBAG? Brauche ich bis morgen. Argumente. Ausbildung. Erfahrung. Ist für SK. Dringend!*“, schreibt Schmid im Juni 2019 an seine Mitarbeiterin.¹⁷

„International eher streichen“

Nun fehlte nur noch eine kleine Formalität. Schmid musste sich für den Vorstandsposten bei der ÖBAG auch offiziell bewerben. Bei der Ausschreibung für diese Position wirkte Schmid tatkräftig mit. In Chatnachrichten zwi-

schen Schmid und Kabinettsmitarbeiterin Melanie Laure wird überlegt, wie die Ausschreibung auf Thomas Schmid zugeschnitten werden kann:¹⁸

Schmid:

„Perner Tipps sind sehr gut“

Laure:

„Haben länger über das international diskutiert – Empfehlung wäre es drin zu lassen“

Schmid:

„Ich bin aber nicht international erfahren“

„Ich habe immer in Österreich gearbeitet“

Laure:

„Wir brauchen dann ein sehr gutes motivationsschreiben von Dir“

Schmid:

„Wer schreibt das?“¹⁹

Der offizielle Ausschreibungstext enthielt schließlich alle Änderungen von Schmid und seinen zwei MitarbeiterInnen. Als Dankeschön holte Schmid spä-

ter die beiden MitarbeiterInnen in die ÖBAG und verschaffte ihnen Geschäftsführerpositionen.

„Du bist Familie“

Im Februar 2019 wendet sich Schmid nochmals an Blümel, da die Bestellung der Aufsichtsräte in der ÖBAG stocke – „Frauenthema“, und bittet um ein baldiges Okay zu seinen Vorschlägen. Blümel beruhigt:

„Keine Sorge, du bist Familie!“²⁰

Ein paar Tage vor seiner Wahl zum Alleinvorstand hakt Schmid nochmals bei Kurz nach, ob alles klappen würde wie gewünscht. Der Kanzler beruhigt: „*Kriegst eh alles was du willst [Kussmundemoticon]*.“ Schmid freut sich: „*ich bin so glücklich :-)) Ich liebe meinen Kanzler (...)*.“²¹

Kurz trifft alle Entscheidungen

Der Kanzler selbst stellte seine Rolle im Bewerbungsprozess von Schmid sehr passiv dar. Im Ausschuss sagte er aus, es sei „allgemein bekannt“ gewesen, dass „ihn [Anm.: Schmid] das grundsätzlich interessiert“.²² Es sei auch „in den Medien ein Thema“ gewesen und er könne sich daran erinnern, „irgendwann davon“ von Schmid „informiert“ worden zu sein, dass „er sich bewerben wird“.²³ Diese Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss bringen den Kanzler in Bedrängnis. Denn die, von der WKStA rekonstruierten, Chatnachrichten von Thomas Schmid zeigen: Kurz war nicht nur beiläufig informiert, sondern involviert, er wusste genau um Schmid's Bemühungen und dessen Treffen mit den Aufsichtsratsmitgliedern in den Wochen vor der Vorstandswahl Bescheid.

So schreibt etwa der damalige Kabinettschef des Kanzlers, Bernd Brünner, am 5. Oktober 2018 in eine gemeinsame Chatgruppe mit Blümel, Bonelli und Schmid.

„Lieber Thomas! [...] Am ÖBIB-Gesetz sind wir dran, da melden wir uns sobald wir Entscheidungen haben.“²⁴

Am 11. Dezember 2018 schreibt Schmid an Kurz.

„Pierer für den ÖBAG Aufsichtsrat wäre echt cool!“

Kurz:

„unmöglich“²⁵

Am 4. Februar 2019 teilt der nunmehrige Kabinettschef von Sebastian Kurz, Bernhard Bonelli, Finanzminister Löger mit, dass der spätere ÖBAG-Aufsichtsratsvorsitzende Helmut Kern sich über dessen Anruf freuen würde.

„Helmut Kern ist informiert und freut sich auf Deinen Anruf[...]“

Löger:

„[...] Danke für deine Unterstützung.“²⁶

Zwei Tage später, am 6. Februar, wendet sich Bonelli wiederum an Löger.

„Lieber Hartwig, mit der ÖBAG ist alles auf Schiene und mit Sebastian und unserem Team abgestimmt [...]“²⁷

Nachdem Kurz alles entschieden hat, weiß Thomas Schmid auch genau, bei wem er sich bedanken muss. Er schreibt am 13. Februar an Sebastian Kurz:

„Wollte mich nur noch mal für alles bedanken! Helmut Kern finde ich sehr smart [...]“²⁸

Kurz hat aber nicht nur entschieden, wer in der ÖBAG Aufsichtsrat wird, er hat auch entschieden, wo Schmid überall Aufsichtsrat wird, z.B. in der OMV. Am 13. März 2019 beispielsweise schreiben die beiden einander.

Kurz:

„[...] Du Aufsichtsratssammler :)“

Darauf Schmid:

„🙄“

Am Abend vor Schmid's Hearing speisen Sebastian Kurz und Thomas Schmid noch mit Klaus Ortner. Schmid bedankte sich bei Ortner:

„Lieber Klaus, Danke für diese wunderbare Einladung gestern. Es war familiär und gemütlich! Das ist selten und etwas besonderes! Den Kanzler erlebt man auch nicht oft so entspannt! [...] Vielen Dank. Liebe Grüße Thomas“.²⁹

Ende gut alles gut?

Schlussendlich sollten sich für Thomas Schmid alle Mühen lohnen: Am 27. März 2019 wurde er vom Aufsichtsrat zum Alleinvorstand der ÖBAG gewählt. Der Ibiza-Untersuchungsausschuss konnte schließlich anhand der Vorstandsbestellung von Schmid aufdecken, wie das System Kurz funktioniert. Thomas Schmid veränderte die Ausschreibung für den Job, den er selbst haben wollte, half bei der Suche nach den AufsichtsrätInnen mit und wurde schließlich zum Alleinvorstand gewählt. Dass Schmid heute nicht mehr ÖBAG-Vorstand ist, liegt auch an den veröffentlichten Chats, in denen er unter anderem Menschen als „Pöbel“ und „Tiere“ bezeichnet.³⁰

Thomas Schmid am Weg zu seiner Befragung am 16. Juli 2020, damals noch Alleinvorstand der ÖBAG. Ziemlich genau ein Jahr später musste er zurücktreten.



„Rot, dann blass, dann zittrig“ Kurz, Schmid und die Kirche

Die Chat-Protokolle von Thomas Schmid geben auch einen Einblick, wie im System Kurz mit KritikerInnen umgegangen wird. Als die katholische Kirche die türkis-blaue Asylpolitik kritisiert, schickt Sebastian Kurz den damaligen Generalsekretär im Finanzministerium, Thomas Schmid, aus, um bei einem Termin mit Kirchenvertretern „Vollgas“ zu geben. Bei diesem Termin sprach Schmid mögliche steuerliche Verschlechterungen für die Kirche an. Später berichtete er dem Kanzler, dass der Kirchenvertreter zunächst „rot, dann blass, dann zittrig“ geworden sei. Kurz antwortete: „Super, danke vielmals!!!!“

Am 1. März 2019 kritisierte Kardinal Christoph Schönborn in seiner Kolumne in der Zeitung „Heute“ die Pläne der türkis-blauen Bundesregierung für eine Präventivhaft für Asylwerbende: „Wenn wir uns einmal daran gewöhnen, dass Menschen im Vorhinein ‚vorsorglich‘ eingesperrt werden können, wohin führt das?“³¹

Am 4. März 2019 herrscht im Finanzministerium hektische Betriebsamkeit, wie ein E-Mail einer Mitarbeiterin der Abteilung Steuerpolitik und Abgabenlegistik an ihre KollegInnen zeigt. Sie schreibt: „Das Bundeskanzleramt bittet um eine Auflistung samt Kurzbeschreibung aller steuerlichen Begünstigungen im Zusammenhang mit Religionsgemeinschaften.“ Spätestens am 5. März muss das Finanzministerium diese Informationen ans Bundeskanzleramt liefern.³² Eine Woche später findet ein Termin zwischen dem damaligen Generalsekretär im Finanzministerium, Thomas Schmid, und dem Generalsekretär der Bischofskonferenz, Peter Schipka, statt. Schmid startete bei diesem Termin eine Diskussion über die Privilegien der Kirche, die man prüfen müsse.

„Bitte Vollgas geben“

Am 13. März 2019 schreibt Schmid an Kurz:

„Heute ist die Kirche bei uns. Schipka kommt um 16.00“

„Wir werden ihnen ein ordentliches Package mitgeben.“

Den Kanzler freuts und er gibt Schmid noch eine Anweisung mit auf den Weg:

„Ja super. Bitte Vollgas geben.“

Als der Termin vorbei ist, berichtet Schmid an Kurz:

„Also Schipka war fertig. Steuerprivilegien müssen gestrichen werden Förderungen gekürzt. Und bei Kultus und Denkmalpflege wesentliche Beiträge Heimopfergesetz werden wir deckeln. Er war zunächst rot dann blass dann zittrig. Er bot mir Schnaps an den ich in der Fastenzeit ablehnte weil Fastenzeit. Waren aber freundlich und sachlich.“

Kurz antwortet seinem Vertrauten:

„Super danke vielmals!!!! Du Aufsichtsratsammler ☺“

Wenig später schreibt Schmid noch an Kurz:

„[...] Ich muss übrigens Didi [Anm.: vermutlich Dietmar Schuster, Schmid's Nachfolger als Generalsekretär] gerade aufpäppeln weil ihm Schipka so leid getan hat :-)“³³

„Ich war überrascht und verwundert“

Schipka sagte dazu in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „profil“: „Man hat uns bei dem Termin mitgeteilt, dass man im Zuge der Steuerreform verschiedene Verbindungen zwischen Staat und anerkannten Kirchen prüfe. Ich kann mich zwar nicht mehr an jedes Detail erinnern, aber es ging um verschiedene Steuertatbestände, unter anderem um die Absetzbarkeit von Kirchenbeiträgen und die Beiträge zum Denkmalschutz. Es ist zwar legitim, dass ein Staat sich darüber Gedanken macht, aber ich war schon überrascht und verwundert.“³⁴ Auch gegenüber „Kathpress“ äußerte sich der Kirchenvertreter. Der unmittelbare Anlass für diesen Termin sei „vermutlich die Kritik der Katholischen Kirche an einigen politischen Vorhaben der damaligen ÖVP-FPÖ-Regierung“ gewesen.³⁵ Alles deutet darauf hin, dass es sich bei diesem Termin um einen Einschüchterungsversuch handelte, um die Katholische Kirche von künftiger Kritik am Kanzler abzuhalten. Im türkis-blauen Koalitionsvertrag findet sich kein Wort über eine mögliche Streichung der Steuerprivilegien und es gab auch keinen Folgetermin, um diese Pläne weiter zu diskutieren.

Aus diesen Chatprotokollen geht eines ganz klar hervor: Kurz und seine türkise Familie sind ohne Anstand, ohne Moral und ohne Respekt. Wer das System Kurz kritisiert, wird eingeschüchtert und bedroht. Es ist einzigartig, wie der Machtapparat des Staates hier missbraucht wird.

Heute ist die Kirche bei uns Schipka kommt um 16.00



Wir werden Ihnen ordentliches Package mitgeben

Im Rahmen eines steuerprivilegien Checks aller Gruppen in der Republik wird für das BMF auch die Kirche massiv hinterfragt Alles sind gleich Dann gehen wir unsere Liste durch. LG Thomas



Ja super. Bitte Vollgas geben.

Yea!



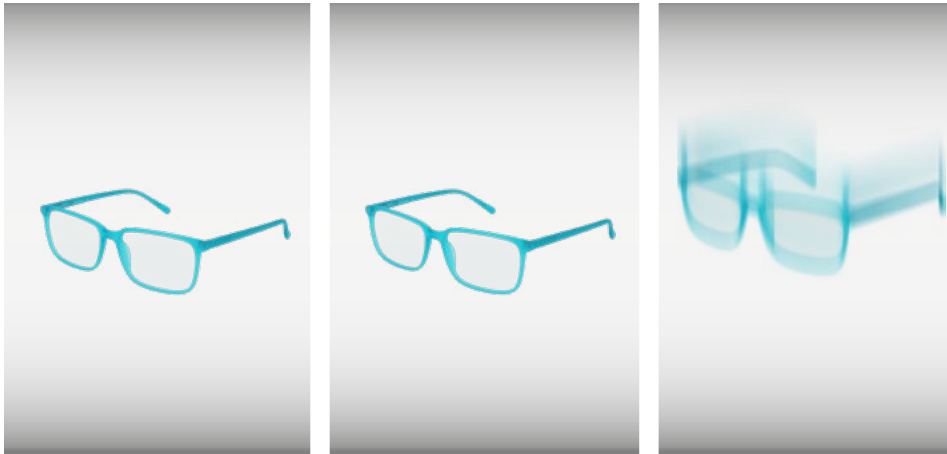
Das taugt mir voll



Also Schipka war fertig! Steuerprivilegien müssen gestrichen werden Förderungen gekürzt Und bei Kultus und Denkmalpflege wesentliche Beiträge Heimopfergesetz werden wir deckeln Er war zunächst rot dann blass dann zittrig Er bot mir Schnaps an den ich in der Fastenzeit ablehnte weil Fastenzeit Waren aber freundlich und sachlich



Super danke vielmals!!!! Du Aufsichtsratssammler :)



Sobomatic

Eine besonders unrühmliche Rolle im Ibiza Untersuchungsausschuss nahm der Vorsitzende persönlich ein. Wolfgang Sobotka leitete nämlich nicht nur die Ausschusssitzungen, sondern war auch gleich zwei Mal als Auskunftsperson geladen. Untersucht wurden die Verstrickungen seines Alois-Mock-Instituts, dessen Präsident er ist, mit dem Glücksspielkonzern Novomatic.

Novomatic zahlt alle?

Es handle sich um einen „bürgerlichen Thinktank“³⁶, der mit dem Untersuchungsgegenstand nichts zu tun habe – das versichert zumindest Wolfgang Sobotka, wenn es um sein Alois Mock-Institut geht. Durch Beziehungen und Kooperation würde man sich finanzieren. Einer dieser Geldgeber ist aber ausgerechnet der Glücksspielkonzern Novomatic. Stichwort „Novomatic zahlt alle“ - parteinahe Vereine, über die Spendengelder an Parteien an der Meldepflicht vorbei fließen können.

Die Aussage des ehemaligen Novomatic-Vorstands Harald Neumann vor dem Untersuchungs-

ausschuss bestätigte erstmals, dass Geld vom Glücksspielkonzern Novomatic an das Alois-Mock-Institut geflossen war: „Es gibt oder gab mit dem Dr.-Alois-Mock-Institut Sponsoringaktivitäten, ja.“³⁷ Das Alois-Mock-Institut ist ein ÖVP-naher Verein mit Sitz in St. Pölten. Initiator und Präsident dieses Instituts ist ausgerechnet der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Wolfgang Sobotka. Auch das Waidhofner Kammerorchester wurde von der Novomatic mit mehreren tausend Euro gesponsert. Dirigent des Orchesters? Wiederum ein gewisser Wolfgang Sobotka.

Wie viel Geld zahlte die Novomatic tatsächlich?

Sobotka selbst versuchte die Kooperation zwischen Novomatic und seinem Institut kleinzureden. Anfangs gab er lediglich zu, dass es Inserate von Seiten der Novomatic gegeben hat: „Es waren Inserate im ‚Report‘, 2017, 2018 und 2019, in jedem Jahr gab es dementsprechend zwei Inserate, jeweils zu 2.000 Euro im Jahr 2017 – ein Inserat, also dann zwei, somit waren es 4.000 – und in den Jahren 2018 und 2019 2500.“³⁸ Später musste er schließlich zugeben, dass es auch Sachleistungen von einigen 10.000 Euro gab. Am Ende stellte sich heraus, es waren über 100.000 Euro an Geld-, Sach- und Inseratenleistungen. Allein 60.000 Euro davon beliefen sich auf Geldleistungen.

Im Lauf der Befragung im Untersuchungsausschuss konnte auch herausgearbeitet werden, dass es auch Geldflüsse zum NÖAAB (Niederösterreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund) gab. Vorsitzender des NÖAAB ist wiederum Wolfgang Sobotka. Es konnte nachgewiesen werden, dass es einen Geldfluss in Form von Inseraten von der Novomatic an das Alois-Mock-Institut gegeben hat und

dann einen Geldfluss in Form von Inseraten an den NÖAAB.³⁹

Als Anfang 2017 ein Politikberater einen Vortrag beim NÖABB hält, bezahlt die Novomatic das Honorar von 2.400 Euro Brutto: „Lieber Harald, der NÖAAB macht einen Vortrag mit [...] und hat uns gebeten mittels Sponsoring die Kosten zu übernehmen. Ich habe das (s. unten) ggü Compliance/Veverka argumentiert und der Compliance-Check ist positiv verlaufen. Die Rechnung würden wir direkt übernehmen, dh damit erfolgt auch keine Zahlung an den NÖAAB.“⁴⁰ Diese Leistung kann ganz klar als verdeckte Parteispende gewertet werden.

Dem Aufsichtsratschef der Novomatic, Bernd Oswald, wurden im Untersuchungsausschuss schließlich Rechnungen vorgelegt, die im Zeitraum von 2013 bis 2019 insgesamt 108.000 Euro an Zahlungen von der Novomatic an das Alois-Mock-Institut zeigen⁴¹, ein Großteil davon ohne erkenn-

bare Gegenleistung. Bis dahin hatte das Institut nur die Zahlungen für Inserate in der Institutszeitung, dem „Mock-Report“, zugegeben. Bernhard Krumpel, ehemaliger Pressesprecher von Sobotka und Ex-Novomatic-Sprecher, gab an, es habe immer Jahresvereinbarungen über die Leistungen zwischen Novomatic und dem Alois Mock-Institut gegeben.⁴²

Das Alois Mock-Institut – Teil der „ÖVP Familie“:

Dass zwischen dem Alois-Mock-Institut und der ÖVP eine enge Verbindung besteht, kann nicht geleugnet werden. In den internen Wahlkampfstrategiepapieren der ÖVP „Projekt Ballhausplatz“ wird das Institut als „nahestehende Organisation“ und Teil der „Parteienfamilie“ geführt. Die Nähe zur ÖVP ist allerdings nicht nur eine ideale, sondern durchaus auch eine räumliche. Erst seit Kurzem ist das Alois-Mock-Institut in der Hypogasse 1 in St. Pölten behei-

matet. Davor war der offizielle Sitz des Instituts die Ferstlergasse 8, ein Nebenhaus der ÖVP-Niederösterreich-Parteizentrale.⁴³

Auch personell bestehen einige Überschneidungen zwischen ÖVP und dem Alois Mock-Institut, wie Sobotka selbst im Untersuchungsausschuss zugeben musste: „Ja, es sind im Vorstand auch Leute, die in der ÖVP beziehungsweise im NÖAAB Funktionen haben beziehungsweise hatten.“⁴⁴

Wolfgang Sobotka beharrte immer darauf, es hätte für jede Leistung der Novomatic auch eine Gegenleistung gegeben. Die Staatsanwaltschaft, die diese Zahlungen untersuchte, stellte allerdings fest: Mindestens 50.000 Euro sind ohne Gegenleistung geblieben, stellte das Verfahren gegen Sobotka aber ein. Der Grund: u. a. Verjährung.



Parlamentsdirektion/Zimmer



Mit einer türkisen Brille eröffnete der U-Ausschussvorsitzende Wolfgang Sobotka (ÖVP) die Befragungen am 4. Juni 2020. Die Befangeneheit des Vorsitzenden bleibt bis zum Schluss ein Thema.

Soko Haarbüschel

Im Laufe des Untersuchungsausschusses wurden Vorwürfe gegen den Leiter der Soko Ibiza, Andreas Holzer, laut, dieser habe bereits 2015 im Auftrag der ÖVP belastendes Material gegen Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache und die FPÖ gesammelt. Auch die WKStA, die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, ermittelte.

Im Zuge des Ibiza-Skandals wurden Vorwürfe bekannt, die das Ende von Heinz-Christian Strache in der FPÖ bedeuteten. Die Öffentlichkeit erfuhr von dreisten Spesenabrechnungen und vom mutmaßlichen Verkauf eines Nationalrats-Mandats. Diese Vorwürfe bewirkten den massiven Absturz der FPÖ bei der Nationalratswahl 2019, Strache wurde aus der FPÖ ausgeschlossen. Die Polizei, konkret Soko-Ibiza-Chef Holzer, wusste anscheinend schon 2015 von Vorwürfen gegen Strache im Zusammenhang mit dem mutmaßlichen Konsum von Drogen. Diese Informationen bekam Holzer von Ramin Mirfakhrai, dem Anwalt des ehemaligen Leibwächters Heinz-Christian Straches. Der Ex-Leibwächter soll sich zuerst an den ehemaligen ÖVP-Generalsekretär Fritz Kaltenegger gewendet haben, berichtet Mirfakhrai im Untersuchungsausschuss. Und weiter: „Es kam sodann zu direktem Kontakt zwischen mir und Mag. Fritz Kaltenegger, dann zu Dr. Dietmar Halper [Anmerkung: damals Leiter der Politischen Akademie der ÖVP] und Mag. Werner Suppan [Anmerkung: Parteianwalt der ÖVP]. Mag. Fritz Kaltenegger brachte ca. zeitgleich Daniel Kapp ins Spiel, der über hervorragende Kontakte verfügen sollte. Das Ganze spielte sich in der Zeit Spätsommer/Herbst 2014 bis Sommer 2015 ab.“⁴⁵

Mirfakhrai sagte in seiner Beschuldigtenäußerung weiters: „Von [...] – meinem Jugendfreund – erfuhr ich, dass man sich von

Seiten Daniel Kapp / Mag. Fritz Kaltenegger besonders für den Drogenkonsum des Strache interessieren würde. Es erfolgte die explizite Anfrage, ob es möglich wäre, Haarproben zum forensischen Nachweis des Drogenkonsums des Strache zu beschaffen. Ich berichtete das Oliver Ribarich und so kam es dazu, dass mir dieser einige Zeit darauf das Büschel Haare übergab. Nach den Angaben des Ribarich handelte es sich dabei um Haare bzw. Haarschnipsel des Heinz-Christian Strache, die er anlässlich eines Friseurbesuchs an sich genommen habe.“⁴⁶ Als eine Art Kostprobe verlangt wurde, übermittelte Mirfakhrai Fotos von Taschen mit Bargeld und Chatverläufe zwischen Strache und seinem Leibwächter.⁴⁷

Weiters, so Mirfakhrai, sei es dann zu einem Termin in seinen Kanzleiräumlichkeiten gekommen. Mit dabei wiederum Suppan und Halper. „Dabei teilten mir die beiden Herren mit, dass kurzfristig ein Betrag von EUR 40.000 bis EUR 70.000 bewerkstelligt werden könne“, so Mirfakhrai.⁴⁸

Kaltenegger schlug schließlich vor, einen ÖVP-Vertrauten im Innenministerium miteinzubeziehen – Andreas Holzer.⁴⁹ Bei der Kontaktaufnahme zeigte sich dieser bereits bestens informiert, so Mirfakhrai. In der Folge kam es dann zu einem Termin mit Holzer im März 2015. Über sein Gespräch mit Holzer berichtete Mirfakhrai folgendes: „Mag. Andreas Holzer meinte, dass er aus dem Ermittlungsbereich Drogenkriminalität komme, man vom Drogenkonsum Heinz Christian Straches ohnehin wisse und man in erster Linie an den Lieferanten interessiert sei. Wir sprachen auch darüber, wo und mit wem Strache Drogen konsumierte.“⁵⁰

Die ÖVP hatte es auf das Haar des Heinz-Christian Strache (damals noch FPÖ-Chef) abgesehen.



Foto: Parlamentsdirektion/Zimmer

Im Laufe des Jahres 2015 seien dann die Gespräche mit der ÖVP im Sand verlaufen, so Mirfakhrai. Auch weil sein Mandant, Ribarich, das Interesse verlor, die Causa weiterzuverfolgen.⁵¹ Und auch im Bundeskriminalamt passierte nichts, obwohl Holzer Beweise, Zeugen und einen Tatverdacht gehabt habe.⁵²

Zwei Jahre später platzt die Ibiza-Bombe und ebenjener Holzer wird Leiter der Sonderkommission, die mit der polizeilichen Ermittlungsarbeit in der Causa rund um das Ibiza-Video betraut wird. In der WKStA hegte man von Beginn an Zweifel an der Unabhängigkeit der Soko Ibiza. So forderte man die Soko in einem E-Mail zur Stellungnahme auf: „Hinsichtlich jedes einzelnen Beamten möge mitgeteilt werden, ob er/sie Mitglied einer politischen Partei oder einer parteinahen Organisation ist oder (wenn ja in welchem Zeitraum) war; [...] ob sonst Gründe vorliegen, die geeignet sind, die volle Unvoreingenommenheit und Unparteilichkeit in Zweifel“ zu ziehen.“⁵³ Die Soko wehrte sich allerdings erfolgreich dagegen, die Fragen zu beantworten.

Holzer hat es sich in der Zwischenzeit weiter verbessert. Innenminister Nehammer (ÖVP) hat ihn im Februar 2021 zum Direktor des Bundeskriminalamts ernannt.

Holzer war von Anfang an Vertrauensmann der ÖVP, wofür er schlussendlich auch belohnt wurde. Die ÖVP wusste so bereits 2015 von Straches angeblichen Drogenkonsum, seinen Spesenabrechnungen und geheimen Geldkoffern.



Von: **Julian Hadschieff**
An: **Heinz-Christian Strache**
Freitag, 6. Juli 2018

Sehr geehrter Herr Vizekanzler,

zunächst noch einmal herzlichen Dank für die zwischen uns besprochene Lösung zur Aufnahme der Privatklinik Währing in den PRIKRAF.
(...)

Die beigeschlossenen Regelungen wurden so wie zwischen uns vereinbart mit Herrn Kanzleramtsminister **G. Blümel** und Herrn Finanzminister **H. Löger** abgestimmt.

Die Erfüllung der Spenderwünsche

Welches Gesetz soll ich für dich ändern? Oder: Die Prikraf-Affäre

Sowohl die FPÖ als auch die ÖVP erhielten Spenden von Privatklinikbetreibern. Als Dank wurde sogleich eine Änderung der Privatkrankenanstalten-Finanzierung beschlossen, von der die Spender in Millionenhöhe profitierten.

Finanzierung von Privatkliniken

Die gesetzliche Ausgangslage sieht so aus: Privatspitäler können über den Privatkrankenanstaltenfinanzierungsfonds – kurz Prikraf –, der aus Sozialversicherungsbeiträgen finanziert wird, Leistungen verrechnen. Welche Spitäler das dürfen, ist gesetzlich geregelt. Walter Grubmüller, Strache-Freund, FPÖ-Spender und Besitzer der Privatklinik Währing, bemühte sich in den vergangenen Jahren immer wieder um Aufnahme in ebendiesem Prikraf. 2017 sah Grubmüller dann seine große Chance gekommen: Schon während der Koalitionsverhandlungen fragte Strache bei seinem Freund per WhatsApp nach:

„Hallo Walter! Welches Bundes-Gesetz wäre für dich wichtig, damit die Privatklinik endlich fair behandelt wird? Prikraf! Lg“

Und weiter:

„Brauche genaue Gesetzesänderung, damit ihr zu euren Genehmigungen kommt! Lg“⁵⁴

Grubmüller gab seine Bestellungen ab, die Privatklinik spendete im selben Jahr 10.000 Euro an die FPÖ, und Strache lieferte die Gesetzesänderung und die Aufnahme der Privatklinik Währing in den Prikraf.

Der lange Weg in den Prikraf

Doch schon einige Jahre davor versuchte Grubmüller mit sei-

ner Klinik an die Prikraf-Gelder zu kommen. Er holte sich dabei Hilfe vom ÖVP-nahen PR-Berater Herbert Vytiska. Der langjährige Pressesprecher von Alois Mock lobbyierte unter anderem bei Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl für die Anliegen Grubmüllers. Die Bemühungen blieben erfolglos. Vytiska schlug Grubmüller dann vor, an ÖVP-nahe Vereine zu spenden, um die ÖVP doch noch für Grubmüllers Anliegen zu gewinnen. Sogar eine Liste mit möglichen Vereinen – darunter auch Wolfgang Sobotkas Alois-Mock-Institut – wurde ihm vorgelegt, so Grubmüller: „Er hat vor Zeugen gesagt, das ist nicht zum Derheben – seine Worte –, du zahlst 100.000 an verschiedene Vereine!, hat mir eine Liste hingelegt. Ich habe gesagt: Das mache ich nicht, ich habe geglaubt, ich bekomme sowieso alles! Ein Verein, an den ich mich sicher erinnern kann, war das Alois-Mock-Institut, weil das ewig im Gespräch war.“⁵⁵

ÖVP-Spender profitierten

Aber nicht nur der FPÖ-Spender Grubmüller profitierte. Wie aus den Akten des Untersuchungsausschusses hervorgeht, hat auch die ÖVP nicht auf ihre Großspender vergessen. In den Jahren 2017 und 2018 spendete die PremiQaMed Group jeweils 25.000 Euro an die ÖVP, insgesamt also 50.000 Euro. Julian Hadschieff, Vorstandsvorsitzender der Pre-

miQaMed, gibt an, vom Wirtschaftsbund über „die große Spendenkampagne der ÖVP“ informiert worden zu sein. Er habe daraufhin mit Hartwig Löger und Axel Melchior über seine mögliche Spende gesprochen. Melchior war damals Bundesgeschäftsführer der ÖVP. Er hat ihn, wie Hadschieff berichtete, „zu diesem Gespräch (über die große ÖVP-Spendenkampagne, Anm.) eingeladen“ – und wie später bekannt wurde, „gefragt, ob 50.000 Euro an Spende möglich wären“.⁵⁶ Die Überweisung der ersten Tranche von 25.000 Euro erfolgte schließlich im Dezember 2017⁵⁷. Die zweite Tranche wurde schließlich im Juni 2018 überwiesen.

„Wie mit Blümel und Löger abgestimmt“ - 14,7 Millionen mehr öffentliche Mittel im Privatspitälerfonds

Parallel dazu wurde von Seiten der türkis-blauen Bundesregierung an einer Novellierung des Prikraf-Gesetzes gearbeitet. Ein E-Mail von Julian Hadschieff zeigt, dass der damalige Finanzminister Hartwig Löger und Regierungskoordinator Gernot Blümel mit an Bord waren. „(...) Die beigeschlossenen Regelungen wurden, so wie zwischen uns vereinbart, mit Herrn Kanzleramtsminister G. Blümel und Herrn Finanzminister H. Löger abgestimmt.“ Die PremiQaMed ist die Holding der Privatspitäler der UNIQA Versicherung. Vorstandsvorsitzender

der UNIQA Österreich war bis 2017 Hartwig Löger.

Bei diesem bedankte sich Hadschieff auch per WhatsApp, nachdem die Gesetzesnovelle im Nationalrat beschlossen wurde. Für den Prikraf bedeutete das eine Mittelaufstockung von 14,7 Millionen: „[...] Herzlichen Dank für deine so wichtige Unterstützung bei der Aufstockung des Prikraf. Die gestrige Entscheidung war ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Fairness in der Finanzierung des Spitalswesens.[...]“.⁵⁸ Für die PremiQaMed Group zahlte sich die Aufstockung aus: 2019 bekam sie so zusätzlich mehr als vier Millionen Euro aus öffentlichen Geldern.⁵⁹

25. November 2020: Der Untersuchungsausschuss übersiedelt vom Lokal 7 in der Hofburg ins geräumigere Camineum der Nationalbibliothek.



„Novomatic zahlt alle“

„Novomatic zahlt alle.“ – Wohl eines der berühmtesten Zitate Heinz-Christian Straches aus dem berühmten Ibiza-Video. Was sich im Laufe des Ibiza-Untersuchungsausschusses auf jeden Fall deutlich gezeigt hat: Dass der Glücksspielkonzern jedenfalls versucht hat, bei allen Parteien einen Fuß in die Tür zu bekommen. Bereits der „Masterplan Novomatic“, den die Agentur von Peter Hohegger 2005 erstellte, legt die Pläne des Konzerns offen. Man müsse ganz viel Geld in die Hand nehmen und „das politische System korrumpieren.“⁶⁰ Bei einigen Akteuren der politischen Landschaft dürfte es auch gut funktioniert haben. So wirkt etwa Wolfgang Sobotka wie ein wandelndes Novomatic-Testimonial. Sogar eine ehemalige Grüne-Spitzenpolitikerin verirrte sich zu Novomatic.

Der Ausgangspunkt unserer Untersuchungen im Untersuchungsausschuss war die Annahme, es hätte einen Deal zwischen der

FPÖ und dem Glücksspielkonzern gegeben, um Peter Sidlo in den Casinos-Vorstand zu hieven. Durch die Akten und Unterla-

gen, die dem Untersuchungsausschuss geliefert wurden, ergab sich ein etwas anderes Bild. De facto gab es keine Kommunikation zwischen FPÖ und Novomatic bis knapp vor Weihnachten 2018. Aber es gab vom ersten Tag der türkis-blauen Regierung ganz engen Kontakt zwischen ÖVP und Novomatic.

Zu Wolfgang Sobotka hatte der Glücksspielkonzern eine besonders enge Bindung: Sponsorings für das Alois-Mock-Institut, das Kammerorchester Waidhofen an der Ybbs (Sobotka ist dort Dirigent) und den NÖAAB. Auch Gernot Blümel hatte enge Kontakte, vor allem zu Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann. So schreibt Neumann am 12. Juli 2017 an Blümel: „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems das wir in Italien haben! Glauben Sie geht sich das noch diese Woche aus??



lg, Harald“.⁶¹ Infolgedessen kam es zu einem Treffen von Kurz mit seinem italienischen Amtskollegen Alfano. Zu diesem Termin wurde keine einzige Unterlage vorgelegt.

Blümel und Neumann trafen sich auch regelmäßig, ob in einer ruhigen Ecke im Park Hyatt Hotel⁶², im Hinterzimmer im Schloss Neuwaldegg oder beim Essen im Novomatic Forum.

Causa Casinos

Die Akten des Untersuchungsausschusses zeigen: Die Hauptversammlung der Casinos im Juni 2018, bei der ein neuer Aufsichtsrat bestellt wurde, wurde akribisch vorbereitet, und zwar zwischen ÖVP und Novomatic. Denn das ÖVP-geleitete Finanzministerium hatte versucht, sich die Kontrolle über die Casinos Austria zu sichern. Man brauchte eine Mehrheit im Aufsichtsrat, um in weiterer Folge die stellvertretende ÖVP-Obfrau, Bettina Glatz-Kremsner, zur Generaldirektorin der Casinos zu befördern. Die Novomatic war das „Zünglein an der Waage“. Sie hätte sowohl mit der tschechischen Sazka-Gruppe als auch mit der staatlichen ÖBIB (jetzt ÖBAG) eine Mehrheit in der Casinos-Generalversammlung bilden können. Obwohl Sazka mit Novomatic eine Stimmrechtsvereinbarung geschlossen hatte, war es gelungen, die Novomatic dazu zu bringen, in der Hauptversammlung nicht gegen die ÖBIB zu stimmen und so den Wunsch der ÖVP nach wesentlichem Einfluss auf die Casag zu erfüllen.

Chefverhandler von Seiten der ÖVP war von Anfang an Gernot Blümel. Dutzende Telefonate und Treffen zwischen ihm und Novomatic-CEO Harald Neumann sind in den Akten protokolliert. Bereits wenige Wochen nach Angelobung der türkis-blauen Regierung bittet Neumann Blümel, einen Termin bei Bundeskanzler Kurz zum Thema Casag einzufädeln. Blümel antwortet: „Bitte

direkt bei ihm anfragen und ich stoße dann nach!“

Ein paar Tage später meldet sich Neumann wieder bei Blümel: „Hallo, haben den Termin mal eingekippt! Hatte auch ein Gespräch mit Thomas Schmid bezüglich einer Idee für Casag (österreichische Lösung). Würde Dir das auch gerne mitteilen. Möchte Feedback bevor Prof Graf bei Löger und Kurz seinen Termin hat! Können uns ja am 13.3. kurz zurückziehen (das Schloss ist ja groß genug;)“ schönes Wochenende Harald.“⁶³ Bei dem Schloss, das groß genug sei, handelt es sich um Schloss Neuwaldegg, das dem ÖVP-Spender Alexander Schütz gehört. Die weiteren Chat-Verläufe zwischen Blümel und Neumann zeigen eine ganz enge Abstimmung der beiden zum Thema Casinos.⁶⁴ Auch mit dem Kurz-Vertrauten und damaligem Generalsekretär im Finanzministerium, Thomas Schmid, hatte Neumann regelmäßigen Kontakt bezüglich Casag.⁶⁵

Vorbereitung der Glücksspielnovelle

Im Herbst 2018 bereitet die ÖVP hinter dem Rücken der FPÖ im Finanzministerium die Novelle des Glücksspielgesetzes vor. Es gab eine Weisung, in diesem Punkt nicht mit dem zuständigen Staatssekretär Hubert Fuchs zu kommunizieren.⁶⁶ Die wesentlichen Eckpunkte dieser Novelle lesen sich wie eine Wunschliste der Novomatic: Mehrere Online-Lizenzen und das kleine Glücksspiel wieder bundesweit einführen. Auf dem Mobiltelefon von Harald Neumann wurden Notizen betreffend berufliche Ziele für die Jahre 2018 und 2019 gefunden. Unter dem Punkt „Ziele 2018 beruflich“ findet sich eine Eintragung: „Österreich eine Kasinolizenz plus Online...in Arbeit“.⁶⁷

Für 2019 findet sich ebenfalls eine solche Notiz auf dem Mobiltelefon: „5) Online Lizenz“.⁶⁸

Auch bei Novomatic-Manager Alexander Merwald wurden im Zuge einer Hausdurchsuchung ähnliche Notizen gefunden und eine Art „Preisliste“, wie viel man bereit wäre zu zahlen, etwa für Casinolizenzen in Wien und im Burgenland.⁶⁹

Die FPÖ ins Boot holen

Die Novomatic überließ nichts dem Zufall: Auch die zweite Regierungspartei FPÖ wollte man für die Novelle des Glücksspielgesetzes ins Boot holen. In den Akten finden sich Hinweise darauf, dass der FPÖ-nahe oberösterreichische Steuerberater Josef Walch engagiert worden war, um sich bei Staatssekretär Fuchs für die Anliegen der Novomatic einzusetzen. Im Sommer 2018 vereinbart der Novomatic-Manager Alexander Merwald über Walch einen Termin mit Neumann.

Merwald gibt seinem Chef schließlich auch gute Tipps für das Treffen mit Fuchs: „P.S. habe gehört das Fuchs gerne zu Mittag isst. Vielleicht atmosphärisch gut, wenn Sie mit den beiden danach irgendwo essen gehen“. Und weiter: „P.S.S habe im strengsten Vertrauen mit Stefan Krenn [damals Kommunikationschef von Novomatic, Anm.] gebeten Argumente für eine zweite Onlinelizenz - auch aus Sicht CASAG aufzubereiten“.⁷⁰

Sidlo wird Casag-Vorstand

Dieses Abhängigkeitsverhältnis zwischen Regierung und Novomatic führte schlussendlich auch zur Bestellung Peter Sidlos zum Finanzvorstand der Casinos. Denn auch die ÖVP wusste von diesem Deal, so etwa zu lesen in einer Notiz, die sich Casag-Aufsichtsrats-Chef Walter Rothensteiner nach einem Gespräch mit Hartwig Löger macht: „[Löger] Hat mit Graf konferiert, der hat irgendeinen Hintergrund Deal mit den Blauen. Daher ist Sidlo ein Muß. Alternativkandidat von Neumann gibt es nicht mehr, Graf will es nicht.[...] Er wird mit

Pröll und Sazka reden, damit wir einstimmig bestellen können. Ich rede mit Steiner.⁴⁷¹

Im März 2019 besetzte der Aufsichtsrat der Casinos Austria einen neuen, dreiköpfigen Vorstand. Peter Sidlo, Martin Skopek (Vertreter der Sazka) und Kurz-Vize Glatz-Kremsner, die schließlich zur Generaldirektorin der Casinos bestellt wurde.

Geschenkt statt besteuert

Erbschafts- und Schenkungssteuer in Österreich

In seinem Erkenntnis vom 7. März 2007 hat der Verfassungsgerichtshof entschieden, dass die zu diesem Zeitpunkt geltende Gestaltung der Erbschaftssteuer in Österreich verfassungswidrig ist. Die ÖVP weigerte sich, dieses Gesetz zu reparieren. Durch diese Weigerung lief das Gesetz aus. Als Ersatz wurde das Schenkungsmeldegesezt beschlossen. Grob zusammengefasst: Schenkungen sind an das Finanzamt zu melden, damit dieses prüfen kann, ob durch diese Schenkungen nicht andere Steuern – wie etwa Einkommenssteuern, Lohnsteuern etc. – umgangen werden.

Graf verschenkte jährlich Millionen

Im Untersuchungsausschuss explizit Thema war die Frage, ob Novomatic-Gründer Johann Graf sich dieser Umgehung bedient hat. Graf verschenkte über viele Jahre jedes Jahr 5 bis 7 Millionen Euro an Angestellte, Verwandte, Bekannte, Geschäftspartner und Organträger der Novomatic (Aufsichtsratsmitglieder, Vorstandsmitglieder). So sagte etwa der Journalist Florian Klenk bei seiner Befragung vor dem Untersuchungsausschuss aus: „Es gibt aber auch ein paar Verträge, die mich haben stutzen lassen. Das betrifft die Verträge mit Herrn Wohlfahrt, das betrifft die Verträge mit Herrn Neumann – das sind die ehemaligen Vorstandsvorsitzenden –, das betrifft die Schenkungen an Frau Barbara Feldmann, die ÖVP-Abgeordnete im Wiener Landtag war und im Aufsichtsrat der Novomatic saß, ich glaube, der Löwen-Gruppe, und die, wie wir ja wissen, zum Zeitpunkt der Schenkung, ich glaube gerade noch, mit dem heutigen EU-Kommissar Hahn liiert war. Das ist zumindest eine Auffälligkeit.“⁴⁷² Und weiter: „Es gibt auch eine Schenkung an eine ehemalige Kabinettsmitarbeiterin vom Herrn Innenminister, die eine Großnichte des Herrn Graf ist [...], also die hat ein Haus darum gekauft und hat das halbe Haus dann ihrem Ehemann, der wiederum Aufsichtsratsvorsitzender der Novomatic ist, geschenkt.“⁴⁷³ Bei der angesprochenen Großnichte handelt es sich um Tina Liebich-Oswald, die sowohl bei Wolfgang Sobotka im Büro als auch später im Kabinett von Innenminister Karl Nehammer gearbeitet hat und Ehefrau von Novomatic-Aufsichtsratschef Bernd Oswald ist.

Aktenwagen der SPÖ-U-Ausschussfraktion



Foto: SPÖ-Parlamentsklub



Auch an einen SPÖ-nahen Funktionär bzw. an dessen Frau verteilte Graf Geldgeschenke. Der ehemalige Geschäftspartner von Novomatic, Peter Barthold, sagte aus: „Ja, von meiner Warte auffällig sind natürlich die mehrmaligen Schenkungen an Frau H. R. Das ist der erste Name, der ganz einfach auffällig ist. [...] Ihr Gatte ist bis heute in einer Funktion tätig und war im Jahr 2000 [...] als Vorsitzender des Spielapparatebeirats eingesetzt. Dieser Spielapparatebeirat hatte die Aufgabe, die Spielautomaten, die eingereicht wurden, zu kontrollieren, mit Gutachten zu bewerten, und da ist auffallend, dass eben Herr E. R. Novomatic-Verbindung hatte [...]“⁷⁴

Graf selbst, so Klenk, habe die Schenkungen ordnungsgemäß dem zuständigen Finanzamt gemeldet: „Herr Graf hat die Schenkungen dem Finanzamt gemeldet, das muss man auch festhalten. [...] Es war nicht ein Kuvert unter dem Tisch, sondern er hat die Schenkungen dem Finanzamt gemeldet. Also das Finanzamt hätte sich diese

Schenkungen jederzeit anschauen können.“⁷⁵

Untätiges Finanzamt

Auffällig ist, dass das zuständige Finanzamt Österreich dennoch offenbar jahrelang keinerlei Aktivitäten gesetzt hat, um diese Schenkungen zu hinterfragen. Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann sagt aus, dass er niemals zum Thema Schenkungen vom Finanzamt kontaktiert worden sei.⁷⁶ Erst auf Initiative der WKStA wurden die Behörden aktiv.⁷⁷ Die Soko Tape bemühte sich daraufhin, bei der Finanzpolizei Akten heranzuschaffen, zum Beispiel von Tina Liebich-Oswald. Nehammer selbst behauptete im Untersuchungsausschuss, er habe dazu keine Wahrnehmungen.⁷⁸

Auf die Frage, ob er Wahrnehmungen dazu habe, dass das Finanzamt jemals eine dieser Schenkungsmeldungen hinterfragt hätte, antwortet Erich Leopold, der nun das Finanzstrafverfahren führt: „Ich persönlich habe dazu in meinem Akt kei-

ne Wahrnehmungen gemacht. Nein.“⁷⁹ Und weiter: „Also ich kenne kein Finanzstrafverfahren im Zusammenhang mit Schenkungen des Herrn Graf, das vor meinem gelaufen wäre.“⁸⁰ Es hätte auch keine Vorerhebungen gegeben, so Leopold: „Meiner Wahrnehmung nach nicht, aber ich muss wieder darauf hinweisen, dass diese Schenkungsmeldungen in den Bereich der allgemeinen Finanzämter fallen, und das müsste sozusagen dort veraktet sein, wenn es dort etwas gäbe. [...] Also im Vorakt habe ich nichts gefunden.“⁸¹

Aktenlieferungen

Auffällig ist auch die hohe Energie, die verwendet wurde, um dem Untersuchungsausschuss Akten und Unterlagen zu diesem Thema vorzuenthalten. Das Finanzamt Österreich hat dem Untersuchungsausschuss keinen einzigen Akt geschickt. Leopold, zu diesem Umstand befragt: „Dafür war ich nicht zuständig. Das hätten oder haben die Vorstände der damaligen Finanzämter gemacht.“⁸² Auch das Bundesminis-

terium für Justiz weigerte sich, dem Untersuchungsausschuss jene Akten und Unterlagen vorzulegen, die aufgrund des Bekanntwerdens des Ibiza-Videos im Zusammenhang mit Schenkungen von Graf zusammengestellt wurden. Justizministerin Alma Zadić dazu: „[...] Insofern ist diese Bewertung so ausgefallen, wie es hier in diesem Schreiben ausgeführt ist, dass es eben nicht abstrakt relevant ist“.⁸³ Es dürfte der Ministerin wohl entgangen sein, dass die Untersuchung des Schenkungsmeldegesezes explizit im Untersuchungsgegenstand des Ausschusses festgehalten ist. Wieso diese Akten also nicht geliefert wurden, wird noch zu klären sein.

Verantwortung

Politische Verantwortung dafür, dass diese Schenkungen niemals geprüft wurden, obwohl sie geprüft werden hätten müssen, tragen die jeweiligen Finanzminister, die allesamt von der ÖVP gestellt wurden. Durch das Abdrehen des Untersuchungsausschusses konnte dieser Arbeitsauftrag des Parlaments nicht abschließend erledigt werden.

Die Milliardärin Heidi Goëss-Horten und der damalige Kulturminister Gernot Blümel (ÖVP). Horten spendete der ÖVP eine Million Euro.



70 Milliarden Euro in Stiftungen – aber kein Geld für Steuern

Die Liste der großen Privatstiftungen in Österreich ist so gut wie identisch mit der Liste der reichsten ÖsterreicherInnen: Pierer, Benko, Horten, Glock und Piech – in rund 3.000 Privatstiftungen haben sie gemeinsam ein Vermögen von 70 Mrd. Euro liegen. Auffällig ist auch die Überschneidung dieser Stiftungsmilliardäre mit den SpenderInnen der ÖVP. Die Industriellenfamilie Turnauer, Heidi Horten, Porr-Chef Klaus Ortner, KTM-Chef Stefan Pierer – die Liste ist lang. Waren Stiftungen vor 2007 noch ein sehr beliebtes Mittel, um Geld zu „parken“ und somit Erbschaftssteuern zu umgehen, fällt dieser Vorteil seit der Abschaffung der Erbschaftsteuer weg. Nun wollen viele ihre Stiftungen wieder auflösen, um über das Geld auch verfügen zu können. Das Problem: Die „Exit Tax“ – also die Steuer, die man bei Auflösung einer Stiftung zahlen muss – liegt in Österreich im Moment bei 27,5 Prozent. Für Superreiche wohl zu hoch.

Stiftungsfrühstücke

In kleinen und großen Runden – auch als Stiftungsfrühstücke bezeichnet – trafen sich VertreterInnen des Finanzministeriums und des Bundeskanzleramts mit Stiftungsmilliardären. Die Einladungsliste liest sich wie das Who's Who der österreichischen Superreichen: Eva Dichand, Cattina Leitner, Franz Mayr-Melnhof, Peter Mitter-

bauer, Alexander Schütz, Gabriela Spiegelfeld, Stanislaus Turnauer, Matthias Winkler etc. Ihnen gegenüber saßen Markus Gstöttner und Daniel Varro (beide Kabinettsmitarbeiter im Bundeskanzleramt) und Hartwig Löger, damals Finanzminister, und sein Generalsekretär Thomas Schmid. Bei diesen Frühstückten wurden offenbar Zugeständnisse gemacht: Die „Exit-Tax“ sollte von 27,5 Prozent auf 10 Prozent gesenkt werden – ein Steuergeschenk von rund 10 Milliarden Euro. Zusätzlich sollte die Stiftungseingangssteuer von 2,5 Prozent auf 1 Prozent gesenkt werden. Der Kabinettsmitarbeiter Varro dazu im Untersuchungsausschuss: „Da ging es beispielsweise um die Frage [...], ob es aus einer Privatstiftung überhaupt einen Exit geben soll oder nicht, jetzt rein steuerlich gesehen [...]“.⁸⁴ Allgemein muss gesagt werden, dass der Untersuchungsausschuss all diese inhaltlichen Unterlagen, die Stiftungspläne der ÖVP betreffend, erst durch die Exekution durch den Bundes-

präsidenten im Finanzministerium überhaupt zur Verfügung gestellt bekommen hat.

Die B&C Privatstiftung

Ein Konsortium rund um den berüchtigten Investor Michael Tojner, Andritz-Chef Wolfgang Leitner und den Kurz-Spender Stefan Pierer plante in die B&C Privatstiftung hineinzukommen, die Anteile an Semperit, AMAG und Lenzing hält. Bisher schrieb die Stiftung vor: Statt Dividenden auszuschütten, muss alles wieder investiert werden. Das wollten die Investoren ändern.

Im Untersuchungsausschuss wurde auch Peter Sidlo zur B&C-Stiftung befragt: „[...] was wir dort jedenfalls auch besprochen haben, war beispielsweise das Thema B&C Privatstiftung. Da gab es zum damaligen Zeitpunkt die Problematik, dass sich die B&C Privatstiftung einem Angriff eines Investors ausgesetzt gesehen hat, der von einer Bank Letztbegünstigtenrechte erwerben wollte. Das wollte die B&C Privatstiftung verhindern. Es gab die Überlegung [...]: Da ja im Regierungsprogramm meiner Erinnerung nach auch von einem Fonds die Rede war, der sozusagen Beteiligungen, österreichische Beteiligungen erwerben soll, schützen soll und so weiter – da ist es dann auch um die Frage der Finanzierung gegangen; aber das war Regierungsprogramm, dass man so einen Fonds machen möchte –, war die Frage, ob man hier nicht sozusagen eine Kooperation mit der B&C Privatstiftung anstrengen soll, die ja im Endeffekt nichts anderes ist als so ein Fondskonstrukt, das nämlich österreichische Beteiligungen hält. [...]“⁸⁵

Cattina Leitner sagte dazu bei ihrer Befragung im Untersuchungsausschuss: „Es hat Gespräche gegeben im Zusammenhang mit – ich muss jetzt selber zurückdenken – Herrn Tojner, der irgendwie vorhatte, Begünstigtenrechte waren es [...] an dieser Stiftung zu bekommen. Da hat es wahrscheinlich Treffen gegeben, aber die sind dann ergebnislos geblieben. Ein gemeinsames Projekt ist nicht weiterverfolgt worden.“⁸⁶

Auch Wolfgang Leitner selbst bestätigt die Pläne bezüglich der B&C-Stiftung: „Es gab Überlegungen zur B&C-Stiftung. [...] Es gab sicherlich auch Überlegungen, wie das nach dem aktuellen Stiftungsrecht zu beurteilen ist. Wahrscheinlich waren dann auch Überlegungen, in welcher Richtung sich das Stiftungsrecht allenfalls weiterentwickeln können würde.“⁸⁷

Für eine erfolgreiche Übernahme hätte allerdings noch das

Stiftungsrecht geändert werden müssen. Und daran wurde von Seiten der ÖVP, wie bereits erwähnt, auch fleißig gearbeitet, und auch der Bundeskanzler war eingeweiht. So schrieb etwa Thomas Schmid an Sebastian Kurz:

„Hi Sebastian, B&C holding tut sich einiges. Wegen ÖIAG wollte ich dir einiges erzählen. Wäre super wenn ich ca eine halbe Stunde außerhalb der normalen Arbeitszeiten dazu bekommen könnte. Wäre recht wichtig. Dichands sind ja gut auf Schiene -keine Klage soweit eingebracht. LG Thomas“⁸⁸

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Mit der Novelle des Stiftungsrechts wollte die ÖVP einerseits den allgemeinen Wunsch der Stiftungsmilliardäre nach weniger bis gar keinen Steuern erfüllen, andererseits wollte man Tojner und Co. zur Übernahme der B&C-Stiftung verhelfen.



Ein Skandal sondergleichen: JedeR der/die arbeiten geht zahlt zwischen 40 und 50 Prozent an Steuern und Abgaben. Im Gegensatz dazu, zahlen Stiftungsmilliardäre jetzt schon nur ca. die Hälfte. Die ÖVP wollte diesen Prozentsatz noch weiter senken. Wieder einmal zeigt sich, Kurz und Co machen nur Politik für die wenigen Superreichen.

Postenschacher bei der OeNB

Unter der türkis-blauen Bundesregierung wurden auch in der Österreichischen Nationalbank (OeNB) Posten neu besetzt. Aufgabe der OeNB auf nationaler Ebene ist die Sicherstellung der Finanzmarktstabilität sowie der Geldversorgung, die Unterstützung der FMA im Bereich der Bankenaufsicht (Analyse und Prüfung sowie Statistik) sowie die Verwaltung der Währungsreserven. Auf europäischer Ebene wirkt sie im Rahmen des Eurosystems an der Geldpolitik mit.

Allesamt wichtige Aufgaben im Sinne eines funktionierenden Wirtschaftskreislaufes. Traditionell wurde bei der Besetzung der Positionen in der Nationalbank auf eine breite gesellschaftliche Einbindung geachtet. Im Generalrat waren seit 1945 alle Sozialpartner vertreten, das Direktorium wurde mit ausgewiesenen erfahrenen Personen mit höchster Reputation besetzt.

Unter der türkis-blauen Bundesregierung wurden alle Positionen im Direktorium und Generalrat neu besetzt. Für die Kurz-Strache Regierung war dabei vor allem eines vorrangig – die Aufteilung der Spitzenjobs in der OeNB. Auffälligkeiten bei diesen Postenbesetzungen gibt es einige. So wurde zum Beispiel von der Tradition abgegangen, Vertreter der Sozialpartner in den Generalrat zu berufen, mit Ausnahme der Wirtschaftskammer (WKÖ). Mit Harald Mahrer ist seit 1. September 2018 erstmals ein aktiver Sozialpartner (Präsident der Wirtschaftskammer) und noch dazu Vorsitzender des Wirtschaftsbundes (eine mächtige ÖVP-Teilorganisation) Präsident der Nationalbank. Sein beruflicher Werdegang lässt nicht unbedingt auf herausragende Qualifikation für diese Position schließen. Bevor er 2014 Staatssekretär wurde und Kurz ihn später für sechs Monate zum Wirtschaftsminister machte, war er in der PR-Branche tätig – Erfahrungen in der

Banken- und Finanzwelt hat er keine. Sein Vorgänger als Wirtschaftsminister, Reinhold Mitterlehner, kommentierte diese Entscheidung gegenüber der Tageszeitung „Die Presse“ so: „Eine eigenartige Entscheidungskultur, aber sie passt stimmig zur Gesamtentwicklung“.⁸⁹ Im Untersuchungsausschuss sagte er aus, ihm selbst sei der Posten auch angeboten worden: „[...] es hat Gespräche darüber gegeben und es hat so etwas wie eine Art politische Verwendungszusage in diese Richtung gegeben, die allerdings dann noch mit dem Koalitionspartner abzuklären war – und das hat sich dann in der Umsetzung eben anders dargestellt, als ich mir das vielleicht dazumal gewünscht hätte. Heute bin ich froh, dass das nicht realisiert worden ist.“⁹⁰ Als Präsident des Generalrates nimmt Mahrer auch an den Sitzungen des Direktoriums teil, in denen die Berichte zu den Vorortprüfungen der österreichischen Banken besprochen werden, die in Folge an die Finanzmarktaufsicht weitergeleitet werden. Dies schafft ein auch im europäischen Vergleich herausstechendes Beispiel an Einflussmöglichkeit der Industrie in den Bereich Bankenaufsicht, vertritt doch Mahrer in seinem Hauptberuf auch die Interessen der Finanzindustrie. Für die Unabhängigkeit der österreichischen Bankenaufsicht eine unhaltbare Konstellation.



Vizepräsidentin des Generalrates der OeNB wird Barbara Kolm. Sie leitet das Hayek Institut – eine neoliberale Denkfabrik, die sich für den Abbau des Sozialstaates einsetzt. Dass man für die Neubesetzung der Spitzenpositionen auch Reputationsschäden in Kauf nahm, zeigt sich auch bei den restlichen Mitgliedern des Generalrats: Gegen Ende des Untersuchungszeitraums kamen von acht Generalratsmitgliedern zwei unmittelbar aus der beaufsichtigten Bankenindustrie (Walter Rothensteiner und Stephan Koren), zwei aus der Glücksspielindustrie (Bettina Glatz-Kremsner und Peter Sidlo), vier der acht Mitglieder wurden als Beschuldigte oder Beteiligte in der Casino Affäre geführt (Walter Rothensteiner, Bettina Glatz-Kremsner, Peter Sidlo und Barbara Kolm). Auch bei der Besetzung des Direktoriums der Nationalbank war Parteipolitik wichtiger als Qualifikation. Der frühere Notenbank-Präsident Claus Raidl etwa kritisierte in einem Interview mit der „Kleinen Zeitung“ den FPÖ-Kandidaten Eduard Schock, der auch Beschuldigter in der FPÖ Spendenaffäre ist, als „eklatant ungeeignet“ für diese Position.⁹¹ Der zweite FPÖ-Kandidat Robert Holzmann (die letzten Jahrzehnte im Wesentlichen mit Pensionsystemen beschäftigt) lieferte bereits nach wenigen Wochen einen Skandal um die Abberufung von Führungskräften, die er wieder zurücknehmen musste und der seine Untauglichkeit an der Spitze des Instituts veranschaulichte. Auch der ÖVP-Mann Thomas Steiner wäre in einem auf Kompetenz basierenden Verfahren nicht in die engere Auswahl gekommen. Steiner aber ist „Familie“ - das war sein Asset. Selbst der internationalen Presse blieben die Neubesetzungen in der OeNB nicht verborgen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ etwa bewertet das als „Postenschacher“.⁹² Im Fall der OeNB wird wieder einmal klar – die Kurz-ÖVP hat ein massives Problem mit Unabhängigkeit.

Kontrolle über die Kontrolleure der Finanzmarktaufsicht

Auch die Reform der Bankenaufsicht (FMA) war im Untersuchungsausschuss Thema.

Sponsoring und Inserate an ÖVP durch Erste Bank und Raiffeisen

Im Rechenschaftsbericht der ÖVP finden sich über 100.000 Euro an Sponsorings und Inseraten von Raiffeisen und Erste Bank an die Partei. Das musste auch Kanzler Kurz bei seiner Befragung zugeben: „Jede Zahl, die Sie da zitieren, sollte richtig sein.“⁹³ Auch Uniqa-Chef Andreas Brandstetter gab im Untersuchungsausschuss Auskunft: „Ich kann Ihnen noch einmal diese großen Beträge sagen, diese 4.000 für Spenden, diese rund 100.000 für das Sponsoring und die rund – was habe ich gesagt? – 35.000 für Inserate.“⁹⁴ – Vor allem an die ÖVP.

Der Wunschzettel

In den Akten des Untersuchungsausschusses findet sich auch ein Wunschzettel der Erste Bank. Es geht um die Reform der Bankenaufsicht und darum, welche Änderungen sich Erste-Generaldirektor Andreas Treichl wünscht. Angehängt ist dieser Wunschzettel an ein E-Mail mit dem Wortlaut: „[...] anbei das Papier, das von Treichl an HBK + HBM Blümel gerade herangetragen wird...“⁹⁵ „Gerade herangetragen“ – das bezieht sich auf einen Termin am 27. Juni 2018 zwischen Blümel, Kurz und Treichl. Ein zweiter Termin fand dann am 9. April 2019 statt – eine Woche bevor die FMA-Reform dann schließlich im Ministerrat beschlossen wurde.⁹⁶ Welchen Hut Treichl bei diesen Terminen auf hatte – ob er als Erste-Bank-

Chef oder als WKO-Vertreter aller Banken und Versicherungen bei diesen Terminen war – dürfte ihm selber nicht immer ganz klar gewesen sein: „[...] Ich war Herr Treichl und war wahrscheinlich meinen Gesprächspartnern mit beiden Positionen verbunden.“⁹⁷

Seit der letzten Finanzkrise 2008/2009 gilt der Banksektor als stark reguliert, Banken versuchen seither, die Regulierung wieder zu lockern. Das Papier von Erste-Vorstand Andreas Treichl sieht genau das vor: So sollten die Vertreter der Banken und Versicherungen selbst in den Aufsichtsrat der Finanzmarktaufsicht kommen, die Beaufsichtigten sollten sich also selbst beaufsichtigen. Auch die Aufsicht selbst sollte geschwächt werden: Ständig ist von „Kosteneinsparungen“ und „Beraten statt Strafen“ die Rede. Das Treichl-Papier wurde schließlich fast zur Gänze in Gesetz gegossen. Nur zur Beschlussfassung im Nationalrat sollte es nicht mehr kommen, denn dazwischen kam Ibiza.

Ein Zusammenhang zwischen den Spenden- und Sponsoringleistungen der Banken und deren Wunschzettel wurde stets bestritten und ist auch nicht feststellbar. Die Spenden- und Sponsoringleistungen haben wenig überrascht – haben doch Raiffeisen, Uniqa und Erste-Bank schon historisch eine Nähe zur ÖVP und spenden, inserieren und sponsern wohl aus Tradition. In der Befragung des Erste Bank Chefs Andreas Treichl war allerdings auch eine gewisse Entfremdung von der ÖVP spürbar:



Die ÖVP wollte unbedingt den ihr nahestehenden Vorstand zum Alleinvorstand der Finanzmarktaufsicht machen.

„Ich kann Ihnen mit hundertprozentiger Sicherheit sagen, dass es mir noch nie gelungen ist, dass irgendeine Idee, die ich gehabt habe, von ihm [Sebastian Kurz, Anm.] auch tatsächlich umgesetzt worden ist.“⁹⁸

Gegenüber der Öffentlichkeit wurde die Reform mit einer angeblichen Kosteneinsparung von zehn Millionen Euro pro Jahr begründet. Keine einzige Auskunftsperson konnte die zehn Millionen Euro auch nur ansatzweise plausibel darlegen. Also waren diese zehn Millionen Euro entweder eine bewusste Falschinformation oder die ÖVP plante die FMA durch den Abbau von mehr als 100 MitarbeiterInnen zu schwächen.⁹⁹

Türkische Familie wollte Kontrolle über FMA

Vielmehr war die Reform der Bankenaufsicht ein Versuch, die politische Kontrolle über die unabhängige Behörde zu erlangen. Sebastian Kurz und seine türkische Familie beginnen bereits im September 2018 intern am „Projekt Alleinvorstand“ zu arbeiten. Bernhard Perner etwa, damals Kabinettsmitarbeiter im türki-

sen Finanzministerium, kommuniziert fast ausschließlich mit dem ÖVP-nahen FMA-Vorstand, Klaus Kumpfmüller.¹⁰⁰ Wichtig war ihnen vor allem eines: dass die FMA nur noch einen Alleinvorstand haben sollte. Mit einem türkisen Alleinvorstand hätte die türkise Familie den unkontrollierten Informationszugang zu allen Bankeninformationen der österreichischen BürgerInnen und Unternehmen erhalten. Auch Herbert Kickl bestätigte im Untersuchungsausschuss, dass es der ÖVP vor allem darum ging: „Ich weiß nur, dass das immer wieder zu Diskussionen geführt hat, zum Beispiel in diesen Sechserunden, weil es der ÖVP sehr wichtig gewesen ist, dass dort einer sitzt und nicht zwei.“¹⁰¹ Die Bankenvertreter wollten das Vier-Augen-Prinzip in der FMA beibehalten. Treichl, auf die Frage, ob das Vier-Augen-Prinzip wichtig für die Sparte war: „Ja.“¹⁰²

Dass ein Abweichen von diesem Prinzip teure Folgen haben kann, dafür muss man historisch gar nicht so weit zurückschauen. Von ihrer Gründung bis zum Bankenausschuss und der nachfolgenden Aufsichtsreform 2007 war die FMA unter politischer Kont-

rolle von Karl-Heinz Grasser und der ÖVP und hatte einen hohen Anteil am Hypo-Desaster.

Geheimer Sideletter zur FMA-Reform

Auch gab es offenbar eine geheime Vereinbarung, einen Sideletter, zur Reform der FMA. In einem E-Mail-Verkehr aus den Akten des Untersuchungsausschusses tauschen sich Bernhard Perner und Klaus Kumpfmüller über internationale Beispiele bei Aufsichtsbehörden aus, die einen Alleinvorstand haben. Kumpfmüller schreibt: „Ich denke man sollte sich nicht unter Druck setzen lassen und sich darauf zurückziehen, was im Sideletter steht.“¹⁰³ Offenbar hatte man den Regierungspartner FPÖ schließlich doch über die Pläne in der FMA informiert und eine geheime Übereinkunft getroffen. Über den Inhalt dieses Sideletters bewahrten die befragten Personen Stillschweigen.

Familie geht vor

Dass die türkise Familie vorgeht, zeigt sich auch an der Art und Weise wie mit geheimen Dokumenten umgegangen wurde. Thomas Steiner, Direktor der OeNB und Bruder des Kanzlerberaters Stefan Steiner, leitete von der Europäischen Zentralbank (EZB) als geheim klassifizierte Unterlagen an den FMA-Vorstand Kumpfmüller weiter. Es handelt sich um eine Stellungnahme des EZB-Rats-teams zur FMA-Reform. Das Dokument war von der EZB selbst als „restricted“ eingestuft worden und hätte niemals weitergeleitet werden dürfen.¹⁰⁴ Für die türkise Familie aber wohl alles kein Problem, denn die Familie steht augenscheinlich über allem – auch über der EZB und ihren Regelungen. Die OeNB ist gefordert, gemeinsam mit der EZB diesen Vertraulichkeitsbruch zu untersuchen und die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Projekt Edelstein

Als „Projekt Edelstein“ wurde ÖVP-intern die geplante Privatisierung des Bundesrechenzentrums (BRZ) bezeichnet. Das türkise Finanzministerium bereitete 2018/2019 heimlich den Verkauf des staatseigenen IT-Zentrums an die teilstaatliche Post AG vor. Die Post gehört nur noch zu 52,8 Prozent der Republik, das heißt: Man wollte die sensibelsten Daten der Republik verkaufen. Darunter fallen zum Beispiel Daten von ELGA (Elektronische Gesundheitsakte), Finanzonline, der biometrische Pass etc. Sozusagen der Datenschatz der Republik. Ein Datenskandal, den es in dieser Dimension weltweit noch nicht gegeben hat.

In den Akten des Untersuchungsausschusses finden sich E-Mails, PowerPoint-Präsentationen und Hinweise auf Besprechungen zwischen Vertretern des Finanzministeriums, des Bundeskanzleramts und der Post.

Darauf angesprochen, wollte in der ÖVP niemand etwas damit zu tun haben. So sagte etwa Bundeskanzler Sebastian Kurz im ZiB2 Interview: „Ich war in das im Detail nicht eingebunden“, und: „Zu mir sind diese Überlegungen nie groß durchgedrungen.“¹⁰⁵ Bei der Befragung von Balázs Szabó, Mitarbeiter von Thomas Schmid, wurde allerdings schnell klar – das Bundeskanzleramt war sehr wohl in die Privatisierungspläne involviert.¹⁰⁶ Er berichtete im Ausschuss von Sitzungen zum Projekt Edelstein mit dem Chef der Post im Jahr 2018. Dort sei auch Bernhard Bonelli anwesend gewesen – Kabinettschef und enger Vertrauter von Kanzler Kurz.¹⁰⁷ Es ging um die politische Zusage für das Geheimprojekt.¹⁰⁸

Dieses Projekt war offensichtlich so geheim, dass der Regierungs-

partner FPÖ nichts davon wusste. Wer im Regierungsprogramm der türkis-blauen Bundesregierung nach einem Hinweis auf das „Projekt Edelstein“ sucht, wird nicht fündig. So gab etwa der ehemalige Infrastrukturminister Norbert Hofer (FPÖ) in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Profil“ an: „Das Bundesrechenzentrum war in den Verhandlungen kein Thema.“¹⁰⁹

Die Privatisierung wurde akribisch vorbereitet: Rechtsgutachten wurden eingeholt, Präsentationen abgehalten und Gesetzestexte angefertigt. Be-

sonders brisant: Die Post hatte 2019 selbst mit einem enormen Datenschutzskandal zu kämpfen. Im Wahlkampf hatte man anhand von Kundendaten die Parteisymphathien hochgerechnet und diese zum Kauf angeboten. Dafür bekam die Post eine Verwaltungsstrafe von 18 Millionen Euro. Dieser Datenschutzskandal beendete wohl auch die Arbeit am Projekt Edelstein.¹¹⁰ Wäre das Projekt Edelstein zum Abschluss gekommen, wären die intimsten Daten der Österreicherinnen und Österreicher wohl nicht mehr sicher gewesen.

Die ÖVP wollte mit dem Bundesrechenzentrum (BRZ) die privaten Daten der ÖsterreicherInnen privatisieren.



Foto: Georges Schneider / picture.esk.com

Austrian Real Estate – warum der Staat Premiumwohnungen baut

Die Privatisierungsvorstellungen der ÖVP gehen weiter. Auch die Austrian Real Estate (ARE) wollte man im Laufe der türkis-blauen Regierungszeit privatisieren. Die Austrian Real Estate ist eine Tochtergesellschaft der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG), deren Alleineigentümer seit 1. Jänner 2019 die ÖBAG ist, welche wiederum in 100-prozentigem Eigentum der Republik Österreich steht. Zum Jahresende 2019 umfasste das Immobilienportfolio der ARE 558 Liegenschaften, davon ein Großteil Büroimmobilien (91 Prozent), der Rest Wohnimmobilien (9 Prozent).¹¹¹

Im Untersuchungsausschuss wurde kritisiert, dass Objekte der ARE ausschließlich zum Weiterverkauf an Investoren und Anleger gebaut würden und leistbares Wohnen keine Rolle in der Bautätigkeit der ARE spiele. Auch der Rechnungshof kritisiert in seinem Bericht, „dass die ARE auch den Wohnbau im Premiumsegment forcierte, was den Zielvorstellungen des Bundes, leistbaren Wohnraum zu schaffen, zuwiderliefe.“¹¹² Die ARE hat in diesem Punkt aber ein anderes Selbstverständnis. Im Jahr 2015 sagte der Geschäftsführer der ARE über deren Wohnbautätigkeit: „Wir versuchen, das mittlere Preissegment zu besetzen.“ Die ARE-Eigentümerin BIG gibt hier auch ein klares Statement ab: „Die ARE wurde nicht ins Leben gerufen, um leistbaren Wohnraum zu schaffen.“¹¹³

Ebenfalls kritisiert wurden die Kooperationen der ARE mit privaten Investoren. Das Problem: Die ARE gab sich dabei häufig mit einer Beteiligung von nur 49 Prozent zufrieden. Porr-Chef Klaus Ortner äußerte dazu im Untersuchungsausschuss den Verdacht, die ARE würde dies absichtlich

machen, um das Bundesvergabegesetz nicht einhalten zu müssen: „Die Erklärung ist ganz einfach: Wenn die ARE 51 Prozent hat [...], sind die Abwicklungen wirtschaftlich nicht machbar, weil die Entscheidungen alle mit öffentlichen Ausschreibungen [...] gemacht werden müssen und dann so schwerfällig sind, dass man am internationalen Markt nicht konkurrenzfähig ist.[...] Darum macht sie das alles mit Soravia, mit Benko, mit diesen, mit jenen eigentlich immer zu 49 Prozent.“¹¹⁴

Konkrete Planungen für die weitere Entwicklung der ARE lagen im Finanzministerium bereits im Sommer 2018 vor.¹¹⁵ Es soll somit bereits vor der Umstrukturierung der ÖBAG im Frühjahr 2019 konkrete Pläne gegeben haben, die ARE auszulagern. An diesen Plänen waren neben Thomas Schmid, damals Generalsekretär im Finanzministerium, Elisabeth Gruber (ebenfalls Finanzministerium und für das Beteiligungsmanagement des Bundes zuständig) und Eduard Müller (damals Sektionschef im Finanzministerium) auch Vertreter der BIG und der ARE beteiligt, wie

sich aus einem „Living Paper zur Eigentümerstrategie BMF-BIG“ Stand September 2018 ergibt: „ARE-Strategie (6. September 2018). Das vorgelegte Papier wird grundsätzlich goutiert. Bis zur nächsten Strategiesitzung sollen [...] Modelle und verbundene Zahlenwerke für die Varianten Private Placement/IPO/IPO & Kapitalerhöhung geschärft werden.“¹¹⁶ IPO steht für Initial Public Offering und bedeutet Börsengang, also Privatisierung.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es im türkisen Finanzministerium sehr wohl Überlegungen und auch konkrete Pläne zur Privatisierung der ARE gegeben hat. Warum diese schließlich nicht weiterverfolgt wurden? Ibiza.

Der verschwiegene Deal der OMV



Im Fokus des Ibiza-Untersuchungsausschusses stand im Zuge der Untersuchungen des Beteiligungsmanagements des Bundes auch die OMV. Der Bund ist mit 31,50 Prozent an der OMV beteiligt. Im Zuge des größten Deals der österreichischen Wirtschaftsgeschichte – die Übernahme der Borealis AG durch die OMV – wollten die Abgeordneten im Untersuchungsausschuss wissen, wie gut das Beteiligungsmanagement des Bundes funktioniert und inwieweit die Republik als Aktionärin in diese Entscheidung eingebunden und darauf vorbereitet war.

Der Chef der OMV, Rainer Seele, verteidigte im Ibiza-Untersuchungsausschuss die Borealis-Übernahme. Der teilstaatliche Ölkonzern kaufte im März 2020 um 4,1 Mrd. Euro von Mitgesellschafter Mubadala (Abu Dhabi) Anteile am gemeinsamen Chemiekonzern Borealis und stockte seinen Anteil damit auf 75 Prozent auf. Im Ausschuss betonte Seele, dass die Entscheidung „unabhängig und ausschließlich im Vorstand getroffen“ worden sei: „Wir haben im Vorstand sehr deutlich die Veränderung am Markt gese-

hen, dass wir eine stärkere Ausrichtung hin zu Nachhaltigkeit benötigen, und gerade diese Ausrichtung zu nachhaltigen, nicht fossilen Energiestoffen ist eigentlich die große Veränderung, die wir hier mit der Borealis gemacht haben.“¹¹⁷

Bei den Befragungen im Untersuchungsausschuss hat sich aber vor allem eines gezeigt: Vom größten Deal der österreichischen Wirtschaftsgeschichte wusste von Seiten der Republik niemand etwas. Einzig der Allein-

vorstand der staatlichen Beteiligungsgesellschaft ÖBAG, Thomas Schmid, wusste als Aufsichtsratsmitglied der OMV Bescheid. Rainer Seele dazu im Untersuchungsausschuss: „Das Borealis-Projekt ist ausschließlich mit dem Aufsichtsrat besprochen worden. Sie wissen, Herr Schmid ist Mitglied des Aufsichtsrates, und dementsprechend haben wir das mit ihm diskutiert.“¹¹⁸ Mit Ministerien habe er nicht darüber gesprochen, so Seele.¹¹⁹ Auf die Frage, wann das Projekt Thomas Schmid gegenüber das erste Mal angesprochen wurde, sagte Seele: „Ich habe den Aufsichtsratsvorsitzenden Wolfgang Berndt und den Stellvertreter Thomas Schmid erstmalig Ende November, Anfang Dezember [Anm.: 2019] über eine mögliche Transaktion informiert.“¹²⁰

Schmid dürfte diese Information allerdings für sich behalten haben. Sein Vorstandsassistent, Balázs Szabó, sagte dazu im Unter-

suchungsausschuss aus er halte es zwar für „selbstverständlich“ und „Aufgabe der ÖBAG“ über so ein großes Projekt Bescheid zu wissen, dieses „kritisch“ zu hinterfragen „und die unterschiedlichen Optionen, Varianten“ zu prüfen: „In welchem Zeitraum und wie es gelaufen ist, daran kann ich mich nicht erinnern.“¹²¹ Szabó gab auch an, sich nicht erinnern zu können, etwas über den Borealis-Deal gehört zu haben, bevor dieser am 11. März 2020 vom Aufsichtsrat der OMV genehmigt wurde.

Auch die ÖBAG-Aufsichtsrätin Susanne Höllinger verneinte im Untersuchungsausschuss, Wahrnehmungen zu Prüfungstätigkeiten der ÖBAG bezüglich des Borealis-Deals zu haben.¹²² Höllinger gab an, erst im Nachhinein von der Borealis-Übernahme erfahren zu haben: „Der Vorstand der ÖBAG hat nicht nur die Pflicht, in jeder quartalsweisen Sitzung nach einem gewissen Dashboard über alle Beteiligungen zu berichten, er tut das auch [...] und in diesem Dashboard befindet sich natürlich auch, der Größe nach sehr wichtig, die Beteiligung der OMV, und wir haben im Nachhang natürlich [...] einen Bericht über die aktuellen Ereignisse in der OMV erhalten, selbstverständlich.“¹²³ Zu externen Gutachten zum Borealis-Deal im Auftrag der ÖBAG hatte die Aufsichtsrätin ebenfalls keine Wahrnehmungen.¹²⁴

Auffällig und durchaus besorgniserregend ist also, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Republik, mit Ausnahme von Thomas Schmid, offenbar keine Ahnung von der Vorbereitung auf den größten Wirtschaftsdeal der österreichischen Geschichte hatte. Es sind auch keinerlei Prüfprozesse ersichtlich. Fraglich ist, wer entschieden hat, ob dieser Deal gut ist oder nicht. Das staatliche Beteiligungsmanagement hat in diesem Fall offensichtlich nicht funktioniert.

Seeles Aussage vor dem U-Ausschuss steht in Widerspruch zu den Akten

Von der Aussage von OMV-Chef Rainer Seele vor dem Untersuchungsausschuss bleibt auch noch ein zweiter beachtlicher Aspekt. Neue Akten, die durch die von Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei Finanzminister Gernot Blümel durchgeführte Exekution dem Untersuchungsausschuss endlich zur Verfügung gestellt wurden, lassen Zweifel an seinen Aussagen bezüglich des Jushno-Ruskoje Gasfelds in Russland aufkommen. Konkret geht es um Folgendes: Die OMV wollte 2019 Steuererleichterungen – konkret bei der Mineral Extraction Tax – in Russland erreichen. Im Untersuchungsausschuss bestritt der OMV-Chef, in diesem Punkt Gespräche mit Vertretern der österreichischen Bundesregierung, konkret mit Kanzler Kurz, Finanzminister Löger und seinem Generalsekretär Schmid, geführt zu haben. Er habe lediglich mit Schmid, als Mitglied des Aufsichtsrates der OMV, über dieses Thema gesprochen.¹²⁵

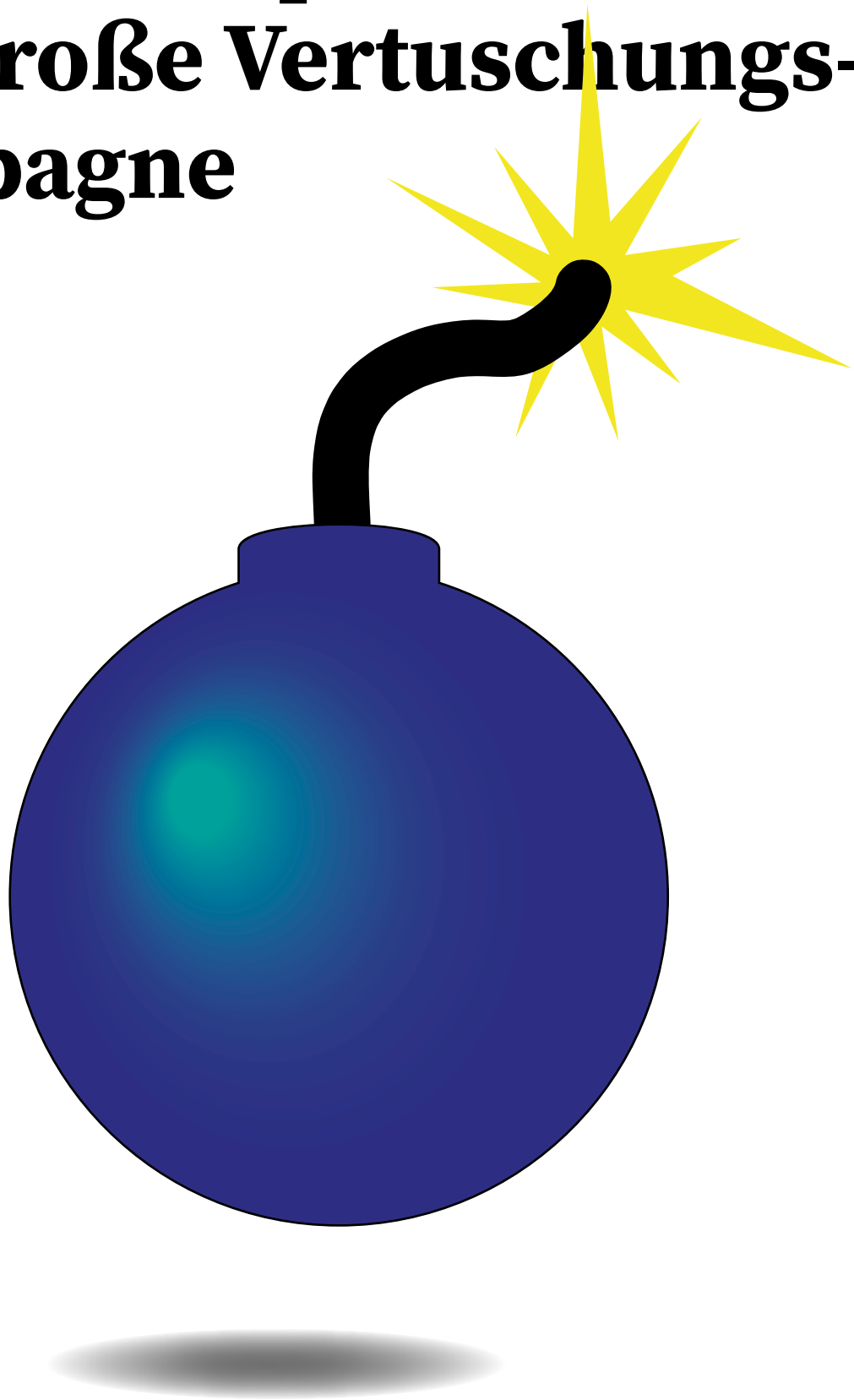
Eine E-Mail einer leitenden OMV-Angestellten an Thomas Schmid vom 3. April 2019, das dem Untersuchungsausschuss nun durch die Exekution bei Finanzminister Blümel vorliegt, zeigt ein anderes Bild: „Lieber Thomas, wie zwischen HBK, HBM Löger, Dir und Rainer Seele besprochen haben wir einen Entwurf erstellt für eine gemeinsame Erklärung zwischen Österreich und Russland. Zweck des Dokuments: Die Mineral Extraction tax für uns in Russland zu deckeln. Bitte lass mich wissen, wie Du weiter vorgehen möchtest bzw ob Du Fragen hast dazu. Ganz lieben Gruß für Deine Unterstützung.“¹²⁶

Seele hatte also sehr wohl Gespräche mit ebenjenen Spitzenvertretern der österreichischen Bundesregierung über die Mineral Extraction Tax in Russland geführt. Ebenso brisant ist auch,

dass Seele zwar zugab, mit Thomas Schmid darüber geredet zu haben, dies aber in Schmid's Funktion als Aufsichtsrat geschehen sei. Nur Schmid war im April 2019 noch nicht Aufsichtsrat in der OMV, er wurde erst am 14. Mai 2019 bestellt.¹²⁷

Ob hier eine Falschaussage vorliegt oder nicht, das müssen die unabhängigen Gerichte klären. Bemerkenswert sind diese Aussagen dennoch allemal.

Die Bombe platzt – Die große Vertuschungs- kampagne



Der Kampf der ÖVP gegen Aufklärung – von Anfang an

Am Nachmittag vor der Veröffentlichung des Ibiza-Videos am Abend des 17. Mai 2019 informierte Bundeskanzler Kurz Justizminister Moser über die bevorstehende Veröffentlichung. Kurz wusste spätestens auf Grund der Anfrage der „Süddeutschen Zeitung“ und der darauffolgenden intensiven Kommunikation mit Strache bereits zwei Tage zuvor von der Existenz des Videos. Was folgte, war ein einzigartiger Versuch der ÖVP, die Ermittlungen zu behindern und möglichst im Keim zu ersticken.

Moser führte bei seiner Befragung aus: „Ich habe am Tag, ich glaube, es war der Nachmittag, vor der Veröffentlichung des Videos erfahren, nachdem ich angerufen worden bin und mir mitgeteilt wurde, dass voraussichtlich in den Abendstunden des gleichen Tages ein Video veröffentlicht wird, das Aussagen von Strache und Gudenus beinhaltet, beinhalten soll, und dass gleichzeitig die Aussagen voraussichtlich auch Elemente beinhaltet, die strafrechtlich zu würdigen sind.“¹²⁸

Auf die Nachfrage vom Verfahrensrichter-Stellvertreter Ronald Rohrer, wer ihm diese Mitteilung gemacht habe, sagt Moser: „Soweit mir erinnerlich ist, wurde ich diesbezüglich von Bundeskanzler Kurz informiert und habe daraufhin, nachdem ich informiert worden bin, den Sektionschef, das war der Generalsekretär meines Hauses, und auch den Kabinettschef informiert, dass er sich am Abend, wenn ein diesbezügliches Video veröffentlicht wird, sich das Video anschauen, damit wir schauen können, ob daraus allfällige weitere Veranlassungen seitens der Justiz zu treffen sind.“¹²⁹

Zu diesem Zeitpunkt war die türkise ÖVP noch bemüht, die Koalition mit Norbert Hofer als Vizekanzler fortzusetzen. Welche

Aufträge Kurz in dem besagten Telefonat genau an Moser erteilte, wurde von beiden bei ihren Befragungen im Untersuchungsausschuss nicht beantwortet. Fest steht, dass Christian Pilnacek noch am selben Abend mit dem Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien Kontakt aufnahm und sich bemühte, die WKStA aus den Ermittlungen herauszuhalten. Noch am selben Abend gibt Pilnacek dem „Kurier“ die Auskunft, wonach sich die Justiz bereits in der Ibiza-Causa eingeschaltet habe und die Oberstaatsanwaltschaft den Sachverhalt prüfe. Das Nachrichtenmagazin „profil“ hat die Nachrichten dieses Abends zwischen Pilnacek und Fuchs veröffentlicht.¹³⁰

Um 23.33 Uhr eine weitere Nachricht an Fuchs:

„Unterstütze mich bitte; HBM [Anm.: Herr Bundesminister] ist schon wieder fuchsteufelswild, dass ich das gesagt habe; wäre das nicht der Fall gewesen, wäre die WKStS [sic!] ... wieder eigenständig vorgegangen; das kann doch gerade jetzt nicht unser Interesse sein; hG“

Unmittelbar darauf reicht Pilnacek zwei Nachrichten nach, die er jedoch wieder löscht.

Es ist der 18. Mai 2019, exakt 00.00 Uhr, als Fuchs antwortet:

„Lieber Christian, ich sehe in der Kurier-Mitteilung überhaupt nichts Dramatisches. Wie kann ich Dich unterstützen? HG“

Pilnacek antwortet um 00.19 Uhr:

„Eben dadurch, dass ich verhindern wollte, dass WKStA von sich aus aktiv wird; gute Nacht“

Am 18.5.2019 um 9:01 Uhr teilt Johann Fuchs seinem Vorgesetzten Pilnacek dann mit:

„Guten Morgen Christian, hier mein aktueller Meinungsstand zu einem möglichen Wording (wenn wir wieder ‚dürfen‘): ‚Die bisher medial veröffentlichten Rechercheergebnisse bieten keine ausreichende Grundlage für die Darstellung eines strafrechtlichen Anfangsverdachts. Konkrete Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat lassen sich daraus nicht gewinnen. Eine (amtswegige) Einleitung eines Ermittlungsverfahrens ist daher zumindest derzeit nicht zulässig. Da das Videomaterial nach dem aktuellen Informationsstand überdies durch das Redaktionsgeheimnis geschützt ist, wäre eine Verbreiterung der Entscheidungsgrundlage auch von einer Kooperation der hier agierenden Medienunternehmen abhängig.‘ HG Hans“

Pilnacek antwortete um 9.44 Uhr:

„Danke, das würde ich unterstützen; hG.“¹³¹

Fuchs hatte die Botschaft seines Chefs verstanden – die Ermittlungen sollten „daschlogn“ werden, bevor sie überhaupt anfangen.

Der weitere Tag des 18. Mai 2019 verlief in der Justiz kommunikationsarm. Vor dem Hintergrund der sonstigen Ereignisse dieses Tages, an dem stundenlang kein Ton aus dem Kanzleramt zu vernehmen war, dürfte dies an der mangelnden Orientierung der handelnden Personen gelegen haben, wie nun weiter vorzuge-

hen sei. Erst am Abend des 18. Mai 2019 – einem Samstag – entwickelt sich wieder aktives Treiben.

Aus dem abendlichen E-Mail-Verkehr der Justiz am 18. Mai 2019:

Pilnacek an Fuchs, 20.33 Uhr:

„Lieber Hans! Ich habe eben mit HBM telefoniert; wir bitten dich, der WKStA den Auftrag zu erteilen, das gesamte Bildmaterial von den beteiligten Medien anzufordern!“

Fuchs an Pilnacek, 20.46 Uhr:

„Lieber Christian, ich kümmere mich darum; sollen wir das von Amts wegen oder aufgrund der bereits avisierten Jarolim-Anzeige machen? [Anm.: Hannes Jarolim, Rechtsanwalt und damals SPÖ-Abgeordneter] Es wäre mE jedenfalls als Erkundigung zur Prüfung, ob ein Anfangsverdacht vorliegt ... am besten begründbar.“

Pilnacek an Fuchs, 20.50 Uhr:

„Ich denke, dass du den Auftrag aktiv stellen solltest; HBM möchte WKStA keine aktive Rolle zukommen zu lassen.“¹³²

Moser selbst gab an, die Zuständigkeit der WKStA niemals bestritten zu haben. Aus den Erhebungen des Untersuchungsausschusses ergibt sich jedoch das klare Bild, dass Moser in weiten Teilen nur Zuschauer in seinem eigenen Ministerium war. Offenbar hat Moser realisiert, was eine solche Einflussnahme

Christian Pilnacek vor seiner folgenreichen Befragung am 15. Juli. Damals leitete er zwei Sektionen im Justizministerium und hatte die Aufsicht über die Ermittlungen in der Ibiza-Affäre. Heute ist Pilnacek suspendiert.

auf ein Ermittlungsverfahren für ihn bedeuten könnte, und ließ noch am Montag, den 20. Mai 2019, über seine persönliche Assistentin eine E-Mail an die Leiterin der WKStA senden, wonach er von der ordnungsgemäßen Erfüllung der gesetzlichen Pflichten der WKStA ausgehe. Pilnacek und Mosers Kabinettschef erhielten diese E-Mail erst nachträglich.

Der Grund für Mosers Nervosität war, dass die WKStA bereits an diesem Wochenende erkannte, dass ihre Ermittlungen verhindert werden sollten. Da jedoch im Zusammenhang mit der Causa „Wien Wert“ ein Verfahren bei der WKStA anhängig war, in dem auch Spenden an FPÖ-nahe Ver-

eine bereits Thema waren, erstattete die WKStA am Sonntag, den 19. Mai 2019 einen dringenden Informationsbericht an die Oberstaatsanwaltschaft und das BMJ. Ermittlungen der WKStA waren somit mit den geplanten Mitteln nicht mehr zu verhindern. Eine neue Lösung musste her, damit die Ibiza-Affäre für die ÖVP nicht zur Gefahr wird.



Die Obstruktion der Ermittlungen der WKStA

Nach dem Scheitern des türkisen Plans, die Ermittlungen im Keim zu ersticken, wurde vom türkisen „Staat im Staat“ alles unternommen, um den Ermittlungen der WKStA Steine in den Weg zu legen. Dazu setzte die türkise Truppe eine Reihe von Methoden ein:

- 1) Eine öffentliche Rufmord-Kampagne gegen die WKStA, die von der frei erfundenen Behauptung „roter Netzwerke“ bis hin zu persönlichen Angriffen auf einzelne Staatsanwälte durch PolitikerInnen der ÖVP reichte.
- 2) Die indirekte Kontrolle der Ermittlungen durch Einsetzung einer Sonderkommission mit einem parteitreuen Leiter.
- 3) Andauerndes Störfeuer mittels Berichtsaufträgen, Erlässen und Dienstbesprechungen durch die Oberstaatsanwaltschaft gegen die WKStA
- 4) Die Teilung des Ermittlungsverfahrens.

Die Koordination dieser Obstruktionsmaßnahmen über mehrere staatliche Institutionen hinweg offenbart einen rechtsstaatlich enorm bedenklichen Zustand, in dem nur parteipolitische Interessen der ÖVP maßgeblich sind.

Sinnbildlich für diese Koordination sind die Ereignisse in der Woche, in der intensiver Austausch zwischen Pilnacek, dem späteren SOKO-Leiter Andreas Holzer, dem damaligen interimistischen Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Franz Lang und OStA-Leiter Johann Fuchs bestand. Befragt nach der Rolle

von Christian Pilnacek gab der fallführende Staatsanwalt Bernd Schneider bei der Staatsanwaltschaft Wien für das „Hintermänner-Verfahren“ folgendes an:

„Er war zu Beginn dabei, bei dieser allerersten Besprechung, die ich Ihnen genannt habe, die kurz nach Veröffentlichung des Ibiza-Videos bei der Oberstaatsanwaltschaft war. Da war eine Besprechung bei der Oberstaatsanwaltschaft, bei der der Oberstaatsanwalt Fuchs war, Vertreter vom Ministerium, Vertreter vom Bundeskriminalamt – die damals schon gesagt haben, dass eine Soko eingerichtet werden wird –, ich war dort, die Leitende Staatsanwältin Dr. Nittel war dort, und später hinzugekommen ist auch der damalige Noch-Generalsekretär Pilnacek.“

Andreas Holzer gab bei seiner Befragung an, dass Franz Lang und er selbst bei dieser Besprechung anwesend waren. Schneider führte weiter aus:

„Ich bin in einer Abteilung gegen Organisierte Kriminalität sowie für Staatsschutz- und Terrorismusstrafsachen und habe in der Woche nach Erscheinen des Ibiza-Videos einen Anruf von meiner Leitenden Staatsanwältin Dr. Nittel erhalten, die mich gebeten hat, diesen Fall zu übernehmen, weil schon zu erwarten war, dass es ein relativ politisches Verfahren wird und ein Verfahren, das einen größeren Umfang nach sich ziehen wird, sodass sie ge-

meint hat, dass es halt in einer Gruppe, bei einem Staatsanwalt, der für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zuständig ist und jetzt nicht einen regelmäßigen Anfall an Strafsachen hat, wie das ein anderer Staatsanwalt hat, besser aufgehoben ist, weil sich der dann voll und ganz auf diese Strafsache konzentrieren kann.“¹³³

Der Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl fragt nach: „Wissen Sie, wie die Frau Leitende Staatsanwältin Nittel dazu gekommen ist, Ihnen den Auftrag zu geben, sprich: Wer hat ihr einen Auftrag gegeben? Oder woher hat sie ihre Kenntnis?“

Schneider antwortet: „Soweit ich mich erinnern kann, hat es, wie gesagt, dieses bezirksgerichtliche Verfahren schon gegeben, das heißt, es hat schon eine Anzeige, eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft gegeben und es war klar, dass dieses Verfahren bei der Staatsanwaltschaft Wien geführt werden muss. Und ich meine auch, dass es ein E-Mail vom Leitenden Oberstaatsanwalt Fuchs gegeben hat, wo er die Staatsanwaltschaft Wien mit den Ermittlungen zu den Hintermännern beauftragt hat, wenn man das so sagen kann.“¹³⁴

Die erwähnte Anzeige traf jedoch tatsächlich erst einige Tage später ein. Sie stammte von Straches Anwalt. Somit wurde durch Pilnacek und andere bereits vorab sichergestellt, dass gewichtige Teile des Ibiza-Komplexes von der Staatsanwaltschaft Wien geführt werden, dort ein Staatsanwalt übernimmt, der „geeignet“ erscheint und die Ressourcen der SOKO in weiterer Folge nicht der WKStA, sondern vor allem der Staatsanwaltschaft Wien zu Gute kämen. Denn das Verfahren der Staatsanwaltschaft Wien gefährdete die ÖVP im Gegensatz zu jenem der WKStA nicht.

Gleichzeitig sorgte die Oberstaatsanwaltschaft Wien durch Berichtsaufträge und Weisun-

gen sowie dienstaufsichtsrechtliche Maßnahmen für eine Zermürbung der WKStA. Hervorzuheben sind die Weisungen der OStA, gewisse Akten dem Untersuchungsausschuss vorzuhalten, oder die „spontane“ Weisung, das Ermittlungsverfahren in der Schredder-Causa abzutreten. Trauriger Höhepunkt ist jedoch das gegen Staatsanwältin Jilek betriebene Mobbing des Behördenleiters Johann Fuchs, das in einer disziplinarrechtlichen Maßnahme („Ausstellung“) und dem Ausscheiden von Jilek aus der WKStA gipfelte. Jileks Abgang versetzte den Ermittlungen der WKStA einen enormen und nachhaltigen Dämpfer.

Die Kontrollbestrebungen des türkisen Staats im Staat überdauerten sogar den Regierungswechsel im Juni 2019. Selbst unter der Amtszeit von Justizminister Jabloner blieb der Informationsfluss aus der Justiz an die ÖVP unverändert aufrecht. Das Nachrichtenportal „ZackZack“ veröffentlichte Chats zwischen Christian Pilnacek und der damaligen Kabinettschefin von Jabloner, Andrea Martini, deren Loyalität wohl mehr anderen galt.

23. August 2019, 17:03, Pilnacek an Martini:

„Staatsanwaltschaft ermittelte bis vor kurzem gegen ein Mitglied der Soko Ibiza. Es geht munter weiter, das kann man sich nicht gefallen lassen!!!“

17:08, Martini:

„Jetzt wäre echt mal das BMI dran. Das wird wohl auch Pechschorn aufregen.“

17:13, Pilnacek:

„Ja, aber wir müssen auch einmal aktiv werden; accounts der WKStA sichern.“

17:26, Martini:

„Ja, die OStA kümmert sich darum!“ [Anm.: gemeint ist die für die WKStA zuständige Oberbehörde, die Oberstaatsanwaltschaft Wien unter Johann „Hans“ Fuchs]

18:02, Pilnacek:

„Es ist alles so erbärmlich; bitte K. nichts erzählen (Freund von A.)“

K. ist jener Staatsanwalt, der später auf Falschaussagen seiner Vorgesetzten im Ibiza-U-Ausschuss hinweisen sollte; er genoss das Vertrauen von Justizminister Clemens Jabloner. A. ist der fallführende Staatsanwalt in der Causa Casinos.

18:03, Martini:

„Nein, mach ich sowieso nicht! (Hbm erzählt ihm immer nur alles, aber das ist eh Sache der OStA. Das muss ich hbm jetzt nicht im Detail erzählen.)“

18:05, Pilnacek:

„Ok, man muss aber auch HBK von diesen seltsamen Verbindungen erzählen.“ [Anm.: „HBK“ steht im Beamtensprech für Herr Bundeskanzler. Gemeint ist offenbar Sebastian Kurz – der war zu diesem Zeitpunkt zwar nicht Bundeskanzler, das System Pilnacek betrachtete ihn aber wohl als solchen.]

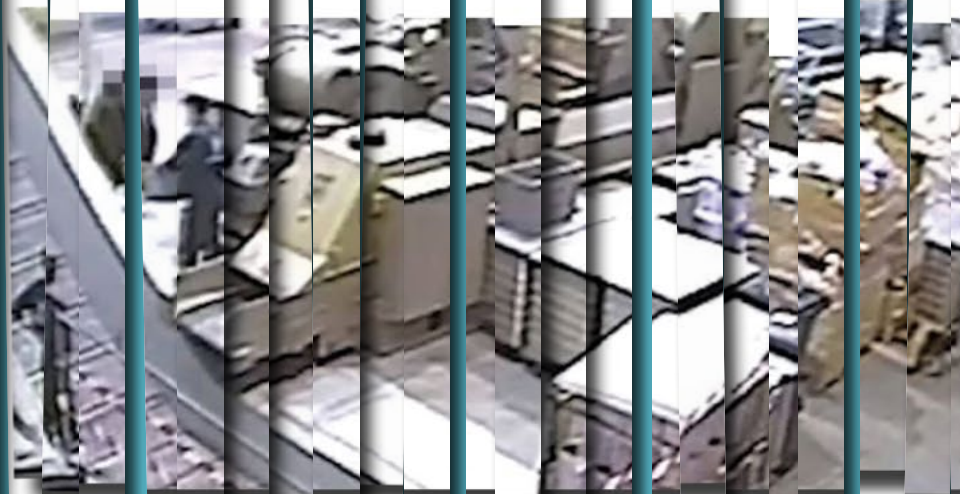
18:07, Martini:

„Ich glaub, ich hab das schon erwähnt. kann das ja wiederholen.“¹³⁵

Auf Grund dieser Nachrichten ist klar, dass Kanzler Kurz entgegen seiner eigenen Darstellung auch in Fragen der Ibiza-Ermittlungen vollumfänglich informiert war und die Fäden in der Hand hielt. Der geplante Anschlag auf die Arbeit der WKStA durch Sicherstellung etwa von Mail-Accounts fand glücklicherweise nie statt. Es zeigt jedoch, dass die türkise Truppe keine Grenzen kennt, wenn es darum geht, sich selbst vor Ermittlungen der Justiz zu schützen.

1.3. Das große Schredder-Verbrechen

Am 23. Mai 2019 – wenige Tage nach Bekanntwerden des Ibiza-Verfalls – suchte der Mitarbeiter des Labors von Bundeskanzler Kurland mit fünf Festplatten im Gepäck die Firma JSSV, um diese dort verpacken zu lassen. Er gab dabei einen Schein an und vergas schließlich die Rechnung zu bezahlen. Bei Nit wurde die Falluntersuchung dem Namen „Schredder-Affäre“ durch eine Vanfferntliche Untersuchung der Wochenzeitung Falte über



Im Zuge der Beweiserhebung wurden durch den Ibiza-Untersuchungsausschuss und die Untersuchungsausschüsse an Akten und Unterlagen der Schredder-Affäre eine von Herrn M. Räumlichkeiten der Wolf angefertigte schlussendlich Festplatten sowie Seriennummern. Es wurde nach dem Aufforderung des Kanzleramts das Original der Firma RICOH von Festplatten

Auffallend ist, dass die fotografierten Platten von TOSHIBA und jeweils über eine Kapazität von

weitere Festplatten stammen jedoch vom Hersteller HITACHI (einem Tochterunternehmen der Firma WESTERN DIGITAL) und verfügen über 20 bzw. 500 GB Speicherkapazität. Auf Grund der neuer Rückforschung mit Hilfe der Seriennummern ergibt sich, dass diese zwei Festplatten im Jahr 2017 für den Einsatz in Laptop produziert wurden.

Die Festplatte mit der Seriennummer M21JLPJ wurde im Mai 2017 in China verkauft. Die ergibt sich aus der Dauer der Garantie von drei Jahren und der Herstellerangaben. In China produziert fast alle Hersteller, auch RICOH. Die Festplatte mit der Seriennummer VXQ1A227P F610 wurde im Juni 2017 in Brasilien verkauft. Dies ergibt sich ebenfalls aus der Dauer der Garantie sowie der Herstellerangaben.

Im Juli 2019 wurde durch den Ibiza-Untersuchungsausschuss festgestellt, dass die Festplatten, die im Jahr 2019 in Italien hergestellt wurden, in der Schweiz durch ein Unternehmen, das sich als „S. S. S. S.“ bezeichnet, in der Schweiz hergestellt wurden. Die Festplatten, die im Jahr 2019 in Italien hergestellt wurden, sind in der Schweiz durch ein Unternehmen, das sich als „S. S. S. S.“ bezeichnet, in der Schweiz hergestellt wurden. Die Festplatten, die im Jahr 2019 in Italien hergestellt wurden, sind in der Schweiz durch ein Unternehmen, das sich als „S. S. S. S.“ bezeichnet, in der Schweiz hergestellt wurden.

Das große Schreddern

Am 23. Mai 2019 – wenige Tage nach Bekanntwerden des Ibiza-Videos – suchte der Mitarbeiter des Kabinetts von Bundeskanzler Kurz, Arno M., mit fünf Festplatten im Gepäck die Firma Reisswolf auf, um diese dort vernichten zu lassen. Er gab dabei einen falschen Namen an und vergaß schlussendlich, die Rechnung zu bezahlen. Bekannt wurde der Fall unter dem Namen „Schredder-Affäre“ durch eine Veröffentlichung der Wochenzeitung „Falter“.



Im Zuge der Beweiserhebungen durch den Ibiza-Untersuchungsausschuss wurden dem Untersuchungsausschuss eine Vielzahl an Akten und Unterlagen zur sogenannten Schredder-Affäre vorgelegt. Darunter befand sich u.a. eine von Herrn M. selbst in den Räumlichkeiten der Firma Reisswolf angefertigte Aufnahme der schlussendlich geschredderten Festplatten sowie die notierten Seriennummern der Festplatten. Es wurde nach mehreren weiteren Aufforderungen an das Bundeskanzleramt schlussendlich auch das Original der Rechnung der Firma Ricoh über den Ausbau von Festplatten übermittelt.

Auffallend ist, dass drei der von M. fotografierten Festplatten der Marke Toshiba baugleich sind und jeweils über 320 GB Speicherkapazität verfügen. Zwei weitere Festplatten stammen jedoch vom Hersteller Hitachi (einem Tochterunternehmen der

Firma Western Digital) und verfügen über 250 bzw. 500 GB Speicherkapazität. Auf Grund einer Rückforschung mit Hilfe der Seriennummern ergibt sich, dass diese zwei Festplatten im Jahr 2017 für den Einsatz in Laptops produziert wurden.

Die Festplatte mit der Seriennummer M21JLXPJ wurde im Mai 2017 in China verkauft. Dies ergibt sich aus der Dauer der Garantie von drei Jahren und den Herstellerangaben. In China produzieren fast alle Hersteller, so auch Ricoh. Die Festplatte mit der Seriennummer WXQ1A27P-F6U0 wurde im Juni 2017 in Brasilien verkauft. Dies ergibt sich ebenfalls aus der Dauer der Garantie sowie den Herstellerangaben. In Brasilien produzieren u.a. HP, Lenovo und Dell, jedoch nicht Ricoh.

Es kann daher mit ausreichender Sicherheit gesagt werden, dass

die im Mai 2019 vernichteten Festplatten nicht mit jenen übereinstimmen, die anlässlich des Regierungswechsels 2017 in die Multifunktionsgeräte des Kabinetts des BKA eingesetzt wurden: Schließlich wären diese Festplatten sodann erst sechs bzw. neun Monate nach ihrem Verkauf in China bzw. Brasilien in Österreich in Endgeräte verbaut worden. Somit kann jedoch auch ausgeschlossen werden, dass es sich bei den von Arno M. vernichteten Festplatten tatsächlich ausschließlich um Festplatten aus den Multifunktionsgeräten des BKA handelte.

Unterstützt wird dieser Befund außerdem durch die irregulären Abläufe rund um den Ausbau und die Vernichtung der Festplatten. Auf Grund der Aussagen des Arno M. im Ibiza-Untersuchungsausschuss sowie auf Grund der Aktenlage des Ausschusses ergibt sich folgender Zeitablauf:

- Am 20. Mai 2019 fand erstmals eine Besprechung im BKA zur Vorgangsweise bei einem Regierungswechsel statt; sowohl Bundeskanzler Kurz als auch Bundesminister Blümel gaben in ihrer Befragung im Ibiza-Untersuchungsausschuss an, von Überlegungen zur Vorgangsweise bei Regierungswechsel gewusst zu haben bzw. diese sogar angeordnet zu haben;
- Am 22. Mai 2019 holte Arno M. von der Firma Reisswolf ein Angebot für die Vernichtung von fünf Festplatten ein;
- Am 23. Mai baute die Firma Ricoh die Festplatten aus den Multifunktionsgeräten aus; anschließend verlangte ein anderer Kabinettsmitarbeiter, P., von Bediensteten der IT-Abteilung die Aushändigung der fünf ausgebauten Festplatten; anschließend übergab P. in seinem Büro fünf Festplatten an Arno M.; anschließend begab sich Arno M. zur Firma Reisswolf und ließ die Vernichtung vornehmen; währenddessen ignorierte P. Anfragen der IT-Abteilung des BKA und Warnungen vor der Abweichung vom Regelverfahren; schlussendlich retournierte Arno M. die geschredderten Festplatten an P., welcher sie in weiterer Folge an die IT-Abteilung zurückgab.

Neben der dokumentierten Abweichung vom Regelverfahren bei Ausscheiden aus dem Amt im Vergleich zu den Vorgängerregierungen – nämlich der privaten Vernichtung der Festplatten anstelle der vorgeschriebenen Vernichtung im Wege der IT-Abteilung im Zentralen Ausweichsystem des Bundes – bestehen außerdem eine Reihe weiterer Auffälligkeiten: So wurde für das Multifunktionsgerät der Ministerin Bogner-Strauß (ebenfalls im BKA) sehr wohl das Regelverfahren angewandt. Nur diese Festplatten wurden unter enormem Zeitdruck vernichtet, während anderes technisches Gerät erst

in unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Annahme des Misstrauensantrags gegen die Regierung Kurz auf die Amtsübergabe vorbereitet wurde. Die Angaben von Arno M. und P. unterscheiden sich insbesondere im zeitlichen Ablauf, wobei bei P. ungenaue Angaben offenbar zur Vertuschung des genauen Hergangs gemacht wurden. Fest steht jedenfalls, dass es sich bei der Vernichtung der Festplatten um keine Spontanaktion, sondern vielmehr über eine länger geplante und mit mehreren Personen koordinierte Aktion handelte, die dem Zweck diente, die Vernichtung der Festplatten außerhalb des „inner circle“ des Kabinetts zu verhindern.

Die hohe Nervosität, die beim Umfeld von Kanzler Kurz in Hinblick auf die Schredder-Affäre herrschte, zeigt sich auch am Aufwand, der von Seiten Christian Pilnaceks und dem Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien, Johann Fuchs, in dieser Causa betrieben wurde. Auffällig ist insbesondere, dass eine bereits ausgefertigte Ermittlungsanordnung der WKStA auf Weisung der Oberstaatsanwaltschaft zurückgezogen werden musste. Die WKStA hatte das Verfahren an die StA Wien abzutreten.

Es war dies nicht die einzige Auffälligkeit in diesen Ermittlungen:

So wurde etwa der Ermittler Niko R., der Heinz-Christian Strache per SMS einen Rücktritt vom Rücktritt empfahl, durch die SOKO in diesen Ermittlungen eingesetzt. Dazu kommt: Niko R. hat im Jahr 2015 für die ÖVP in Maria Enzersdorf bei der Gemeinderatswahl kandidiert.¹³⁶ Von ihm wurden Ermittlungsmaßnahmen in der ÖVP-Zentrale abgebrochen, da er von Kanzlerberater Stefan Steiner erkannt worden sei. Somit wurden keine technischen Geräte von Arno M. sichergestellt.

Auch die parlamentarische Aufklärung in der Schredder-Affäre wurde beeinflusst: So wurden die Antworten auf parlamentarische Anfragen dazu mit dem Kabinettschef Bonelli abgesprochen, obwohl dieser gar nicht mehr bei der Bundeskanzlerin Bierlein tätig war. Auf Fragen zu Absprachen bei der Anfragebeantwortung reagierte der Vorsitzende Sobotka derart gereizt, dass sogar die parlamentarische Schiedsstelle schlussendlich entschied, dass er die Frage dazu rechtswidrig nicht zugelassen habe.

Zum Ende der Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses waren die neuerlichen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Wien in der Schredder-Affäre noch nicht abgeschlossen.

Fünf Festplatten unmittelbar vor ihrer Vernichtung.





Aktenlieferungen Kurz und Blümel

Die Behinderung der Aufklärungsarbeit durch die ÖVP nahm in diesem Untersuchungsausschuss bislang ungekannte Ausmaße an und führte zur historisch ersten Exekution eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes durch den Bundespräsidenten. Die türkise Truppe rund um Kurz und Blümel nahm sogar in Kauf, neben dem Parlament auch den Verfassungsgerichtshof und den Bundespräsidenten zu brüskieren und offen ihre verfassungsrechtlichen Pflichten in Frage zu stellen.

Bereits am 22. Jänner 2020 hatte der Nationalrat den Ibiza-Untersuchungsausschuss eingesetzt. Mit grundsätzlichem Beweisbeschluss vom selben Tag wurden Kanzler Kurz und Bundesminister Blümel aufgefordert, dem Untersuchungsausschuss alle ihre Akten und Unterlagen im Umfang des Untersuchungsgegenstandes vorzulegen. Freilich hatten davor ÖVP und Grüne mit einem Mehrheitsbeschluss den Untersuchungsgegenstand auf wenige Themen zusammengestutzt. Von acht Beweisthemen wollten sie fünf streichen. SPÖ und NEOS haben sich dagegen beim Verfassungsgerichtshof gewehrt und auf der ganzen Linie Recht bekommen. Infolge dieses Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom 3. März 2020,

UA1/2020, fasste der Geschäftsordnungsausschuss des Nationalrates am 9. März 2020 einen ergänzenden grundsätzlichen Beweisbeschluss, mit dem der Kanzler und der Finanzminister erneut zur Vorlage aller ihrer Akten und Unterlagen – nunmehr im vollen Umfang des Untersuchungsgegenstandes – verpflichtet wurde.

Art. 53 Abs. 3 B-VG lautet:

„Alle Organe des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sowie der sonstigen Selbstverwaltungskörper haben einem Untersuchungsausschuss auf Verlangen im Umfang des Gegenstandes der Untersuchung ihre Akten und Unterlagen vorzulegen (...)“

Kanzler und Finanzminister legten dem Ibiza-Untersuchungsausschuss zunächst eine Vielzahl von Akten und Unterlagen vor, deren Vollständigkeit vom Untersuchungsausschuss jedoch bezweifelt wurde. So forderte der Untersuchungsausschuss den Bundesminister für Finanzen u.a. am 30. September 2020 sowie am 11. November 2020 mittels ergänzender Beweisanforderung auf, ihm weitere Akten und Unterlagen vorzulegen. Bundesminister Blümel verweigerte in beiden Fällen die Vorlage.

Am 13. Jänner 2021 setzte der Untersuchungsausschuss Bundesminister Blümel eine zweiwöchige Frist, um seinen verfassungsgesetzlichen Verpflichtungen gegenüber dem Untersuchungsausschuss nachzukommen. Auch diese Nachfrist ließ er verstreichen, ohne weitere Akten und Unterlagen vorzulegen.

Am 11. Februar 2021 stellten SPÖ, FPÖ und NEOS gemeinsam beim Verfassungsgerichtshof den Antrag, dass dieser aussprechen möge, dass Bundesminister Blümel zur Vorlage der vom Untersuchungsausschuss begehrten Akten und Unterlagen verpflichtet ist.

Am 3. März 2021 entschied der Verfassungsgerichtshof:

„Der Bundesminister für Finanzen ist verpflichtet, dem Ibiza-Untersuchungsausschuss die E-Mail-Postfächer sowie lokal oder serverseitig gespeicherten Dateien der Bediensteten der Abteilung I/5 E.G., A.M. und G.B. sowie von Bediensteten des Bundesministeriums für Finanzen empfangene E-Mails von T.S., E.H.-S., M.K., B.P. und M.L. aus dem Untersuchungszeitraum vorzulegen.“

Der Bundesminister für Finanzen kam diesem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs nicht nach.

Auf Grund der fortgesetzten Weigerung des Bundesministers für Finanzen, dem Untersuchungsausschuss die ihm zustehenden Akten und Unterlagen vorzulegen, regten SPÖ, FPÖ und NEOS am 22. März 2021 beim Verfassungsgerichtshof die Exekution des genannten Erkenntnisses durch den Bundespräsidenten gemäß Art. 146 Abs. 2 B-VG an. Am 5. Mai 2021 beantragte der Verfassungsgerichtshof beim Bundespräsidenten schlussendlich gemäß Art. 146 Abs. 2 B-VG die Exekution seines Erkenntnisses. Dies stellt einen historisch bislang einzigartigen Fall dar. Der Bundespräsident fasste es in folgende Worte: „Es ist etwas eingetreten, was es in dieser Form in unserem Land noch nicht gegeben hat.“

Als Reaktion auf diesen Antrag legte der Bundesminister für Finanzen dem Untersuchungsausschuss weitere Akten und Unterlagen vor. Diese waren im Finanzministerium bereits in Kartons bereitgehalten worden und pauschal als „geheim“ eingestuft. Aus der Befragung der Auskunftsperson Heidrun Zanetta gab in der 49. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Frage der pauschalen Einstufung an: „Im Kabinett wurde die Entscheidung getroffen.“ Das Kabinett kann freilich keine Weisung erteilen. Die Weisung muss Blümel zugerechnet werden.

Auf Grund der massiven Kritik an seiner Vorgangsweise legte Bundesminister Blümel dem Untersuchungsausschuss die Akten und Unterlagen wenige Tage später nochmals – nunmehr jedoch in niedrigerer Geheimhaltungsstufe – vor. Nach Durchsicht der gelieferten Akten und Unterlagen wandten sich SPÖ, FPÖ und NEOS an den Bundespräsidenten und stellten fest, dass die Aktenlieferung weiterhin nicht vollständig war.

Am 23. Juni 2021 gab der Bundespräsident bekannt, die Exekution des VfGH-Erkenntnisses nunmehr tatsächlich anzuordnen, was am folgenden Tag auch geschah. Der Bundespräsident beauftragte das Landesgericht für Strafsachen mit der Sicherstellung der geschuldeten Akten. Bereits am 9. Juli 2021 übergab das Landesgericht für Strafsachen als Ergebnis der Sicherstellung umfangreiche Aktenbestände. Bereits bei erster Durchsicht ließ sich feststellen, dass diese deutlich über die bislang dem Untersuchungsausschuss vorliegenden Akten hinausgehen. Dieser Befund bestätigte sich in weiterer Folge: So wurden zB bislang nicht bekannte Unterlagen zu mehreren Gesetzgebungsprojekten, Privatisierungsplänen und Absprachen mit der Novomatic im Finanzministerium sichergestellt, die dem Untersuchungsausschuss bislang vorenthalten wurden.

Eine stichprobenartige Auswertung von 125 Dokumenten aus der Lieferung des Landesgerichts bestätigte diesen Eindruck: Von den zufällig ausgewählten Unterlagen waren lediglich 49 Prozent bereits im Aktenbestand des Untersuchungsausschusses vorhanden. Somit waren mehr als die Hälfte der Dokumente erst durch die Exekution an den Untersuchungsausschuss gelangt. Selbst unter Berücksichtigung der statistischen Schwankungsbreite von rund 10 Prozent bedeutet dies ein enormes Ausmaß an vorenthaltenen Dokumenten durch

den Finanzminister.

Bei Kanzler Kurz ergab sich ein ähnliches Bild: Auch er musste erst in zwei Fällen vom Verfassungsgerichtshof verurteilt werden, bevor er seinen verfassungsrechtlichen Pflichten nachkam und dem Untersuchungsausschuss die ihm zustehenden Akten und Unterlagen übermittelte.

Der Kanzler wurde zunächst am 24. Juni, 30. September, 21. Oktober, 11. und 25. November 2020 aufgefordert, weitere Akten und Unterlagen vorzulegen. Nachdem der Kanzler all diesen Aufforderungen nicht nachkam, wurde er am 17. Februar und 10. März 2021 sodann formal vom Ausschuss (auf Grund von Minderheitsverlangen) „gerügt“. Er solle seinen verfassungsrechtlichen Pflichten binnen zwei Wochen nachkommen, ansonsten würde der Verfassungsgerichtshof angerufen. Auch diese Nachfristen ließ der Kanzler verstreichen, sodass schlussendlich drei Klagen beim Verfassungsgerichtshof eingebracht wurden.

Mit Erkenntnissen vom 10. Mai 2021 verpflichtete der Verfassungsgerichtshof den Bundeskanzler zu weiteren Aktenlieferungen. Eine Klage wurde aus Formalgründen zurückgewiesen. Erst nach diesen Verurteilungen lieferte der Bundeskanzler die geforderten Akten. Darunter befanden sich eine Vielzahl an Unterlagen, die den intensiven Kontakt des Kanzlers mit seinen Spendern belegen.

Im Ergebnis hatte die Strategie von Kurz und Blümel zur Folge, dass wesentliche Aktenteile aus zwei Schlüsselministerien der Republik erst in der Schlussphase des Untersuchungsausschusses verfügbar waren und es nicht mehr möglich war, diese den Befragungen von Auskunftspersonen zu Grunde zu legen.

Empfehlungen für Maßnahmen

Bereits im Juli 2019 und als unmittelbare Reaktion auf die Inhalte des Ibiza-Videos beschloss der Gesetzgeber eine Reihe von Verschärfungen. So wurde insbesondere im Parteiengesetz eine deutliche Senkung der zulässigen Spendenbeträge vorgenommen, Obergrenzen für die Stückelung von Spenden eingeführt, bei den Berichts- und Veröffentlichungspflichten nachgeschärft sowie auch nahestehende Organisationen umfassend in den Anwendungsbereich des Parteiengesetzes eingebunden.

Eine Reihe von Maßnahmen wie Änderungen am Korruptionsstrafrecht oder die Abschaffung des Amtsgeheimnisses wurden von der türkis-grünen Regierung zwar in Aussicht gestellt, bislang aber dem Nationalrat nicht zur Beschlussfassung vorgelegt.

Auf Grund der Ergebnisse der Beweiserhebungen des Ibiza-Untersuchungsausschusses sollten folgende weitere Maßnahmen gesetzt werden, um die Abhängigkeit der Politik von kapitalstarken SpenderInnen zu durchbrechen, die entsprechenden Kontrollmechanismen zu stärken und gleichzeitig die Unabhängigkeit des Parteiensystems zu wahren:

1. Transparenz

1.1. Abschaffung des verfassungsrechtlichen Amtsgeheimnisses (Informationsfreiheit)

Verstärkte Transparenz hat sowohl einen präventiven als auch einen kontrollierenden Effekt bei möglicher Korruption. Diese wird dadurch nicht nur unwahrscheinlicher gemacht, da das Risiko, entdeckt zu werden, steigt. Auch das tatsächliche Feststellen von Missständen wird dadurch deutlich vereinfacht. Gerade bei der von der ÖVP aufgebauten konzentrierten Machtstruktur ist eine solche Transparenz notwendig, da die Missstände hier strukturelle Ausmaße annehmen, die im Gegensatz zu den von Heinz-Christian Strache beschriebenen Handlungen nicht in direktem, sondern nur indirektem Zusammenhang stehen und daher schwerer zu erkennen sind.

1.2. Einführung eines Kontaktregisters für Regierungsmitglieder

Die Staatengruppe des Europarates gegen Korruption (GRECO) hat Österreich u.a. empfohlen, Kontakte von PolitikerInnen genauer zu dokumentieren. Solche Kontaktregister sind in vielen Staaten und internationalen Organisationen bereits üblich, da sie die Anzahl der Treffen von RegierungspolitikerInnen mit LobbyistInnen und UnternehmensvertreterInnen öffentlich machen und somit zu einer größeren Verantwortlichkeit führen. Gerade die Veröffentlichung der intensiven Treffen von Minister Blümel mit Novomatic-CEO Neumann, die Treffen von Kanzler Kurz mit Miteigentümern der Casinos oder dessen Essen mit GroßspenderInnen hätten einen wichtigen Beitrag für die Öffentlichkeit leisten können, frühzeitig zwischen Realität und PR-Fassade zu unterscheiden.

1.3. Modernisierung des Archivgesetzes

Die Vorschriften des Archivgesetzes entsprechen nicht mehr den modernen technischen Gegebenheiten. Wie die Verwendung eines auf die ÖVP angemeldeten Privathan dys durch Kanzler Kurz belegt, lassen sich ohne Nachschärfungen die Vorschriften des Bundesarchivgesetzes allzu leicht umgehen. Abgesehen vom inakzeptablen Sicherheitsrisiko, das die Nutzung eines privaten Handys durch ein Regierungsmitglied verursacht, entziehen Organe der Republik sich auf diese Art vor ihren Verpflichtungen und erschweren die nachprüfende Kontrolle.

1.4. Korruptionsprävention bei Auftragsvergaben stärken

Im Untersuchungsausschuss wurden zahlreiche Mechanismen vorgefunden, wie v.a. ÖVP-geführte Ministerien die Auftragsvergabe zu Gunsten von befreundeten Dienstleistern beeinflusst haben. Dazu zählen neben der Ausschreibung von Rahmenverträgen, der Durchleitung von Aufträgen über das Bundesrechenzentrum und der gesteuerten Besetzung von Auswahlkommissionen insbesondere auch die „verdeckte“ Vergabe mit Hilfe von Subauftragnehmern. Diese Lücken sollten durch entsprechende Änderungen an den vergaberechtlichen Rahmenbedingungen geschlossen werden.

2. Personalpolitik

2.1. Compliance-Regelungen stärken und Kumulierungsverbote erweitern

Die Vereinigung verschiedenster Funktionen in staatsnahen Unternehmen auf Einzelpersonen sollte weiter begrenzt werden, insbesondere wenn es zu Interessenskonflikten kommen könnte. Ähnliche Bestimmungen existieren bereits für andere öffentliche Organträger, jedoch ungenügend für leitende Bedienstete der Bundesministerien. Ebenso sollten für KabinettsmitarbeiterInnen und leitende Bedienstete der Ressorts sowie Organe ausgegliederter Gesellschaften die Compliance-Vorschriften verschärft werden.

2.2. Abschaffung der Generalsekretäre

Die Generalsekretäre haben sich unter Türkis-Blau zu Schattenministern entwickelt, die einen erheblichen Einfluss auf die Regierungspolitik haben, jedoch nicht demokratisch verantwortlich sind.

2.3. Ausweitung der Cooling-off-Phasen

Der direkte Übertritt von der Bundesverwaltung in privatwirtschaftliche Unternehmen und insbesondere solche mit Staatsbeteiligung sollte durch entsprechende Übergangsfristen erschwert werden.

3. Verwaltungsorganisation

3.1. Reform der Justizbehörden

Die hierarchische Struktur der Justizbehörden hat sich im Untersuchungsausschuss als behäbig, ineffizient und anfällig für Interventionen erwiesen. Gerade die „Disziplinierung“ der WKStA durch die Oberstaatsanwaltschaft Wien bedarf einer unmittelbaren Lösung, etwa durch Herauslösung der WKStA aus der Aufsicht der Oberstaatsanwaltschaft und direkte Beaufsichtigung durch das BMJ. In weiterer Folge sollte der Behördenaufbau der Staatsanwaltschaft generell evaluiert und reformiert werden. Dafür werden auch Anpassungen in der Strafprozessordnung notwendig sein.

3.1. Stärkung der Antikorruptionsbehörden

Die WKStA sollte weiter in ihrer Unabhängigkeit und Personalausstattung gestärkt werden. Gleichzeitig sollte durch organisatorische Vorkehrungen wie etwa die räumliche Anbindung des Bundesamts für Korruptionsbekämpfung und Korruptionsprävention (BAK) die Zusammenarbeit dieser Ermittlungsorgane verbessert werden. Das gesetzliche Ermittlungsprivileg des BAK sollte gestärkt werden, um die Ad-hoc-Gründung von Sonderkommissionen und die damit einhergehende Möglichkeit zur Beeinflussung von deren Zusammensetzung von vornherein zu verhindern.

3.2. Nachschärfen der Befangenheitsregeln in Ermittlungsorganen

Die Regeln der Anscheinsbefangenheit sollten auf ermittelnde PolizeibeamtInnen ausgeweitet werden und einer unabhängigen Kontrolle unterstehen.

3.3. Ministeranklage als Drittelkompetenz

Die Ministeranklage beim Verfassungsgerichtshof sollte wie Gesetzesprüfungsanträge einem Drittel der Abgeordneten des Nationalrats zustehen, um eine rechtliche statt nur politische Kontrolle der Regierungsarbeit zu ermöglichen.

3.4. Stärkung parlamentarischer Kontrollkompetenzen

Die Kontrollrechte des Nationalrats gegenüber ausgegliederten Gesellschaften wie der ÖBAG sind unzureichend, da der informelle Einfluss des jeweiligen Bundesministers/der jeweiligen Bundesministerin den formellen

Einfluss deutlich übersteigt. Effektive parlamentarische Kontrolle muss sich daher auch auf ausgegliederte Gesellschaften erstrecken. Ebenso müssen die verfassungsrechtlichen Ermächtigungen zu budgetären Umschichtungen einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle unterliegen.

4. Strafrecht

4.1. Unabhängiger Bundesstaatsanwalt/ Unabhängige Bundesstaatsanwältin

Die Weisungsspitze für bedeutsame Straftaten sollte von dem/der BundesministerIn auf eine neu zu schaffende unabhängige Stelle übergehen.

4.2. Strafbarkeit der „Vorsorge“-Korruption

Die Ibiza-Ermittlungen haben Lücken im Strafrecht aufgezeigt. So ist das Annehmen von Bestechungsgeldern etwa solange nicht strafbar, so lange die bestochene Person noch kein Amt innehat oder die Gegenleistung erst vage ist. Diese Lücken sollen geschlossen werden.

4.3. Strafbarkeit der Beweismittelunterdrückung gegenüber Untersuchungsausschüssen

Neben der möglichen Strafbarkeit als Amtsmissbrauch soll die vorsätzliche Unterdrückung von Akten und Unterlagen gegenüber Untersuchungsausschüssen als eigenständiges Delikt strafbar sein.

5. Untersuchungsausschussverfahren

5.1. Aktenvorlage durch Private

Nach deutschem Vorbild soll es Untersuchungsausschüssen ermöglicht werden, auch von privaten Rechtsträgern wie insbesondere ausgegliederten Unternehmen wie der ÖBAG Akten und Unterlagen anzufordern.

5.2. Klarstellung im InfOG betreffend Klassifizierungsstufen

Die Klassifizierungsstufen des InfOG werden in der Praxis weitgehend willkürlich angewandt. Daher sollte klargestellt werden, dass eine Hochstufung von Akten und Unterlagen anlässlich der Vorlage an Untersuchungsausschüsse verboten ist.

5.3. Aufhebung der „einmaligen Unterstützung“ bei Einsetzung von Untersuchungsausschüssen

Nach deutschem Vorbild soll die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen durch ein Viertel der Abgeordneten nicht beschränkt sein.

5.1. Liveübertragung von Befragungen

Bestimmte Befragungen im Untersuchungsausschuss, jedenfalls die von aktiven Regierungsmitgliedern, sollen live übertragen werden.

Quellen

- 1 195/KOMM XXVII. GP, Befragung Reinhold Mitterlehner, 5.
- 2 Ebenda, 6.
- 3 Ebenda, 6.
- 4 „Profil“- Artikel vom 9.6.2021, <https://www.profil.at/wirtschaft/bisher-unveroeffentliche-chats-kurz-kann-jetzt-geld-scheissen/401407647>; erläutert in: 268/KOMM XXVII. GP, Befragung Gernot Blümel, 23.
- 5 195/KOMM XXVII. GP, Befragung Reinhold Mitterlehner, 7.
- 6 Ebenda, 7.
- 7 Ebenda, 16
- 8 Ebenda, 16
- 9 Ebenda, 6.
- 10 Ebenda, 6.
- 11 Ebenda, 17.
- 12 „Profil“-Artikel vom 2.4.2021 „Kurznachrichten“ (Printausgabe 14/2021)
- 13 „kontrast.at“-Artikel vom 29.3.2021 <https://kontrast.at/thomas-schmid-sebastian-kurz-oebag/>
- 14 Dringliche Anfrage 6179/J vom 9.4.2021 (XXVII. GP)
- 15 „profil“-Artikel vom 2.4.2021 „Kurznachrichten“ (Printausgabe 14/2021)
- 16 247/KOMM XXVII. GP, 20.
- 17 Erläutert in „kontrast.at“ vom 29.3.2021 <https://kontrast.at/thomas-schmid-sebastian-kurz-oebag/>
- 18 „Die Presse“-Artikel vom 19.7.2020 „Thomas Schmidts Selbstempfehlung“; 77/KOMM XXVII. GP, Befragung Hartwig Löger, 27f, 197/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernhard Perner, 32f., 201/KOMM XXVII. GP, Befragung Melanie Laure 21., 237/KOMM XXVII: GP, Befragung Helmut Kern, 17f.
- 19 Dringliche Anfrage 6179/J XXVII. GP, 11.
- 20 Ebenda, 6f.
- 21 Erläutert in „kontrast.at“ vom 29.3.2021 <https://kontrast.at/thomas-schmid-sebastian-kurz-oebag/>
- 22 50/KOMM XXVII. GP, Befragung Sebastian Kurz, 16.
- 23 50/KOMM XXVII. GP, Befragung Sebastian Kurz, 15.
- 24 AZ 17 St 5/19d, ON 1420, 25.
- 25 AZ 17 St 5/19d, ON 1420, 26.
- 26 AZ 17 St 5/19d, ON 1420, 34.
- 27 AZ 17 St 5/19d, ON 1420, 35.
- 28 AZ 17 St 5/19d, ON 1420, 35.
- 29 Erläutert in „Profil“-Artikel vom 2.4.2021 „Kurznachrichten“ (Printausgabe 14/2021)
- 30 „kontrast.at“ vom 1.6.2021, <https://kontrast.at/thomas-schmid-poebel-chats/>
- 31 <https://www.erzdioezese-wien.at/pages/inst/14428675/text/antworten/article/72481.html>
- 32 „Österreich“, 30. Mai 2021
- 33 Dringliche Anfrage 6611/J, XXVII. GP
- 34 „Profil“-Artikel vom 29.3.2021 „Kanzler Kurz gegen die Kirche: ‚Bitte Vollgas geben‘“
- 35 Erläutert in „orf.at“-Artikel (30. März 2021), <https://religion.orf.at/stories/3205649/>
- 36 75/KOMM XXVII. GP, Befragung Wolfgang Sobotka, 8.
- 37 46/KOMM XXVII. GP, Befragung Harald Neumann, 28.
- 38 75/KOMM XXVII. GP, Befragung Wolfgang Sobotka, 5.
- 39 Ebenda, 64.
- 40 87/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernd Oswald, 60.
- 41 87/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernd Oswald, 24.
- 42 76/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernhard Krumpel, 41.
- 43 75/KOMM XXVII. GP, Befragung Wolfgang Sobotka, 8f.
- 44 Ebenda, 8.
- 45 162/KOMM XXVII. GP, Befragung Ramin Mirfakhrai, 18.
- 46 Ebenda, 18.
- 47 Ebenda, 19.
- 48 Ebenda, 18.
- 49 Ebenda, 19.

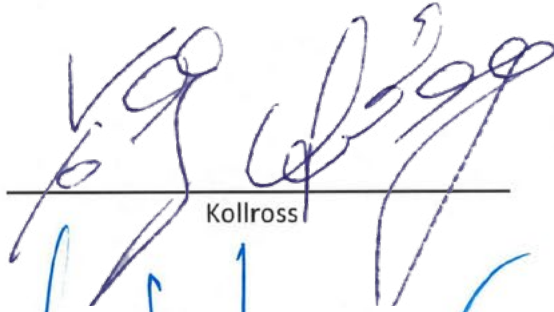
- 50 Ebenda, 19.
- 51 Ebenda, 34.
- 52 Ebenda, 36.
- 53 73/KOMM XXVII. GP, Maria Luise Nittel, 24.
- 54 Erörtert in: 105/KOMM XXVII. GP, Befragung Walter Grubmüller, 57.
- 55 Ebenda, 9.
- 56 <https://www.derstandard.at/story/2000128094060/oevp-generalsekretaer-erbat-laut-manager-konkrete-spenden-summe>
- 57 110/KOMM XXVII. GP, Befragung Julian Hadschieff, 65.
- 58 „Der Standard“-Artikel vom 2.2.2021 „Zu Spendenleistung an ÖVP ermutigt: Neue Ermittlungen gegen Ex-Finanzminister Löger“
- 59 110/KOMM XXVII. GP, Befragung Julian Hadschieff, 62.
- 60 50/KOMM XXVII. GP, Befragung Sebastian Kurz, 57
- 61 175/KOMM XXVII. GP, Befragung Lisa Wieser, 37.
- 62 87/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernd Oswald, 55.
- 63 86/KOMM XXVII. GP, Befragung Peter Barthold, 55.
- 64 Ebenda, 55.
- 65 87/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernd Oswald, 55f.
- 66 54/KOMM XXVII. GP, Befragung Hubert Fuchs, 5.
- 67 46/KOMM XXVII. GP, Befragung Harald Neumann, 19.
- 68 Ebenda, 22.
- 69 122/KOMM XXVII. GP, Befragung Alexander Merwald, 49.
- 70 Ebenda, 24.
- 71 53/KOMM XXVII. GP, Befragung Walter Rothensteiner, 11.
- 72 41/KOMM XXVII. GP, Befragung Florian Klenk, 25.
- 73 Ebenda, 25.
- 74 86/KOMM XXVII. GP, Befragung Peter Barthold, 22.
- 75 41/KOMM XXVII. GP, Befragung Florian Klenk, 25.
- 76 w 46/KOMM XXVII. GP, Befragung Harald Neumann, 27.
- 77 163/KOMM XXVII. GP, Befragung Christina Jilek, 54.
- 78 44/KOMM XXVII. GP., Befragung Karl Nehammer, 24.
- 79 245/KOMM XXVII. GP, Befragung Erich Leopold, 40.
- 80 Ebenda, 40.
- 81 Ebenda, 40.
- 82 245/KOMM XXVII. GP, Befragung Erich Leopold, 18.
- 83 270/KOMM XXVII. GP, Befragung Alma Zadić, 36.
- 84 174/KOMM XXVII. GP, Befragung Daniel Varro, 13.
- 85 70/KOMM XXVII. GP, Befragung Peter Sidlo, 58.
- 86 Ebenda, 27.
- 87 121/KOMM XXVII. GP, Befragung Wolfgang Leitner, 12.
- 88 200/KOMM XXVII. GP, Befragung Gernot Blümel, 51.
- 89 https://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/5484478/NationalbankBesetzung_Mitterlehner-spricht-von-eigenartiger
- 90 195/KOMM XXVII. GP, Befragung Reinhold Mitterlehner, 36.
- 91 https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5565172/Ueber-FPOeKandidaten_Eklatant-ungeeignet_Raidl-warnt-vor
- 92 <https://www.nzz.ch/wirtschaft/neue-spitze-fuer-die-notenbank-oesterreich-wird-alte-unsitten-nicht-losld.1455821?reduced=true>
- 93 50/KOMM XXVII. GP, Befragung Sebastian Kurz, 31.
- 94 113/KOMM XXVII. GP, Befragung Andreas Brandstetter, 34.
- 95 50/KOMM XXVII. GP, Befragung Sebastian Kurz, 81.
- 96 Ebenda, 81.
- 97 248/KOMM XXVII. GP, Be-

- fragung Andreas Treichl, 32.
- 98 248/KOMM XXVII. GP, Befragung Andreas Treichl, 35.
- 99 203/KOMM XXVII. GP, Befragung Thomas Steiner, 17f.
- 100 197/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernhard Perner, 18.
- 101 199/KOMM XXVII. GP, Befragung Herbert Kickl, 19.
- 102 248/KOMM XXVII. GP, Befragung Andreas Treichl, 6.
- 103 197/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernhard Perner, 25.
- 104 203/KOMM XXVII. GP, Befragung Thomas Steiner, 33f.
- 105 „ZiB2“-Interview Sebastian Kurz, 17.7.2020
- 106 81/KOMM XXVII. GP, Befragung Balázs Szabó, 21.
- 107 Ebenda, 21.
- 108 Ebenda, 27.
- 109 „Profil“-Artikel vom 19.6.2020 „Das türkise Finanzministerium und sein ‚Projekt Edelstein‘“
- 110 Ebenda, 37.
- 111 ARE Geschäftsbericht 2019 https://www.are.at/fileadmin/user_upload/03_Unternehmen/Facts-Figures/ARE_GB_2019_web.pdf
- 112 Bericht des Rechnungshofes: ARE, Rechnungshof GZ 004.562/008-PR3/19, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/ARE_Austrian_Real_Estate_GmbH.pdf
- 113 „Der Standard“-Artikel vom 13.Juli 2020, <https://www.derstandard.at/story/2000118686184/tuerkise-geheimplaene-zu-immobilienprivatisierung-erzuernt-fpoe>
- 114 114/KOMM XXVII. GP, Befragung Klaus Ortner, 19.
- 115 80/KOMM XXVII. GP, Befragung Elisabeth Gruber, 28ff.
- 116 77/KOMM XXVII. GP, Befragung Hartwig Löger, 52f.
- 117 79/KOMM XXVII. GP, Befragung Rainer Seele, 6.
- 118 Ebenda, 38.
- 119 Ebenda, 52.
- 120 Ebenda, 38.
- 121 81/KOMM XXVII. GP, Befragung Balázs Szabó, 68.
- 122 120/KOMM XXVII. GP, Befragung Susanne Höllinger, 46.
- 123 Ebenda, 47.
- 124 Ebenda, 47.
- 125 79/KOMM XXVII. GP, Befragung Rainer Seele, 53f.
- 126 Dok Nr. 180903, 58.
- 127 Geschäftsbericht OMV, <https://reports.omv.com/de/geschaeftsbericht/2019/governance/aufsichtsrat.html>
- 128
- 129 Ebenda266/KOMM XXVII. GP, Befragung Josef Moser, 4
- , 4.
- 130 <https://www.profil.at/wirtschaft/neue-pilnacek-chats-vorpreschen-der-wksta-verhindern/401431324>
- 131 <https://www.profil.at/wirtschaft/neue-pilnacek-chats-vorpreschen-der-wksta-verhindern/401431324>
- 132 <https://www.profil.at/oesterreich/die-ibiza-vertuschung-justizministerium-unter-verdacht/401155287>
- 133 204/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernd Schneider, 47
- 134 Ebenda, 4f.
- 135 <https://zackzack.at/2021/06/08/intrige-im-justizministerium-so-wollte-pilnacek-an-die-mails-der-wksta-kommen/>
- 136 169/KOMM XXVII. GP, Befragung Niko R., 7





Holzleitner



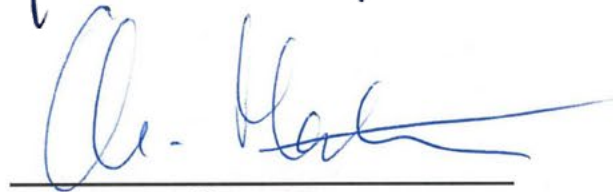
Kollross



Krainer



Kucharowits



Matznetter



Ilmaz



Das Team der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion im #IbizaUA:

Soma Ahmad, Alina Bachmayr-Heyda, Julian Bartsch, Christopher Berka, Josef Broukal, Sara Costa, Daniel Djordjevic, Katharina Embacher, Walter Fleissner, Heidrun Gassner, Helmut Glaser, Eva Maria Holzleitner, Žarko Janković, Jasmin Jöchle, Luca Kaiser, Anne-Marie Kalin, Andreas Kollross, Kai Jan Krainer, Katharina Krischke, Katharina Kucharowits, Christoph Matznetter, Katrin Nesensohn, Peter Pertl, Sandra Pühringer, Angelina Sax, Ute Schellner, Florian Steininger, Werner Wagenhofer, Nurten Yilmaz, Jakob Zerbes und Daniel Zindanci.